

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“ und der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Grubenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrenstraße 14, sowie durch alle Auszubehälter zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 6 Pf. monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Verlagort und Druckort: Breslau 2  
Journalsch.-Anstalt: Geschäftsstelle: Ring 1206, Redaktion: Ring 3161.  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5532.

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Kleinanzeigen 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verlobungs- und Hochzeitsanzeigen 7 Pf. Keine Anzeigen für Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormitags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

## Deutschnationale Privatinteressen.

### Warum Nichthofen-Boguslawitz gegen höhere Aufwertung ist. — Anklage seiner eigenen Schwester. — Dr. Best berichtet.

Zu Beginn der Sonnabend-Sitzung des Aufwertungs-ausschusses kam der Vorsitzende Philipp (Dnat.) auf die Bemerkungen zurück, die Abg. Reil in der Plenarsitzung vom Freitag unter Bezugnahme auf die Erklärung Dr. Bests über das persönliche Interesse einzelner deutschnationaler Abgeordneter an der Aufwertungsfrage gemacht hatte.

Jetzt warf sich Herr (Dnat.) in die Brust, sprach davon, alle Mitglieder des Ausschusses seien in ihrer Ehre angegriffen und nun müsse gesagt werden, was gemeint sei.

Abg. Reil (Soz.) erklärte darauf: Er sei angenehm überrascht über das sein entwickelte Ehrgefühl des Herrn Herrg. hätte aber gewünscht, daß es sich schon in dem letzten halben Jahre betätigt hätte, als aus seiner Partei heraus unzählige erkrankte und erlorgene Beschuldigungen über namhafte Persönlichkeiten, die der Linken angehören, verbreitet worden seien. Die Aufführung, die Herrg. jetzt wünscht, hätte er längst haben können. Er hätte nur Herrn Best aufzufordern brauchen, die Namen zu nennen.

Hierauf nahm Abg. Best das Wort, um auszuführen: Er habe auf Grund von Mitteilungen, die ihm zugegangen seien und von Nachforschungen, die er gemacht habe, die Überzeugung, daß bei einzelnen Abgeordneten

persönliche Interessen die Stellungnahme zu bestimmten Punkten der Aufwertungsfrage beeinflussen.

Kann er jetzt dazu veranlaßt sei, werde er Namen nennen.

Von der Schwester des Abg. v. Nichthofen-Breslau (Dnat.) sei ihm ein Brief zugegangen, worin diese Frau es sehr bedauere, daß ihr Bruder heimlich sei, über die Aufwertung mit zu entscheiden. Obgleich er persönlich fast daran interessiert sei. Die näheren Angaben des Briefes gehen dahin, daß Herr v. Nichthofen in der Inflationszeit ein Familien-gut zu 3/4 Millionen gekauft und seine Schwester und seine Mutter abzugeben verlustig habe mit 75 Zentner Roggen. Diesen Brief habe er an den Abgeordneten Steiniger weitergegeben. Herr v. Nichthofen habe ihm dann einen Brief geschrieben, der auf die in dem Brief der Schwester mitgeteilten Tatsachen nicht eingegangen sei.

Der Abg. Dr. Rademacher habe in der deutschnationalen Fraktion mitgeteilt, daß er Direktor eines Bergwerks-Unternehmens sei, das in der Inflationszeit große Geländemassen gekauft habe, auf denen noch Restkaufgelder stünden. Ferner teilt Best mit, der deutschnationale Abg. Steiniger habe ihm berichtet, daß der Abg. Dr. Oberhofen ihm gesagt habe, seine Frau sei mit etwa 500 000 Mark an der Aufwertung interessiert.

Weiter lägen ihm Briefe aus Köln vor, in denen vom Zentrum Abgeordneten Scheiter behauptet wird, daß sein Schwiegersohn stark als Schuldner an der Aufwertung interessiert sei.

Best hält ein Sondergesetz gegen derartige Verquickung von Privatinteressen und Mandat für nötig.

Da „zufällig“ alle drei deutschnationalen Abgeordneten, gegen die Dr. Best seine Anklage erhob, in der Sitzung anwesend waren (obgleich zwei davon dem Ausschuss nicht angehören), wurde ihnen das Wort zur Erwiderung erteilt. Zunächst Herr v. Nichthofen-Breslau. Er führte aus, das Gut, das er um 3/4 Millionen gekauft habe, einen Vorkriegssteuerwert von 600 000 Mark. Der im Jahre 1920 gezahlte Kaufpreis betrage 230 000 Goldmark. Heute habe es einen Steuerwert von 680 000 Mark. In der Inflationszeit habe er seiner Mutter und seiner Schwester eine Rente, in Roggen angehalten, was, wie sich aus den weiteren Ausführungen ergibt, zu Differenzen zwischen Mutter und Sohn geführt habe. Er habe, so erklärt v. Nichthofen mit lächelndem Gesicht, das Gut, das 200 Jahre im Besitz der Familie sei und das sein Vater der Familie zu erhalten gewünscht habe, tatsächlich erhalten, nachdem es monatlang ausgeboten gewesen sei. Seine Mutter und seine unverheiratete Schwester beständen von ihm, was sie brauchten. Aber „solche Leute“ wie seinen Schwager, der 43 Jahre alt und pensionierter Major sei, unterstütze er nicht.

Dr. Rademacher (Dnat.) versichert, daß er als Vorsitzender einer Aktiengesellschaft keinerlei persönliches Interesse an der Aufwertung habe. Seine Gesellschaft besitze keine Grundstücke, die mit Restkaufgeldern belastet seien. Er habe allerdings in der deutschnationalen Fraktion darauf hingewiesen, daß viele Kreise des Bergbaus mit Schulden belastet seien und eine Vollaufwertung der Restkaufgelder nicht tragen könnten. Daraus sei auch seine Gesellschaft interessiert. Als dritter Beschuldigter nimmt, hochgradig erregt, Dr. Oberhofen das Wort, um zu versichern, daß er auf die Aufwertungsfrage nie einen Einfluß ausgeübt habe. Er sei aber Vorsitzender des Aufwertungs-ausschusses seiner Fraktion gewesen, ohne auf den Widerspruch Bests zu hören, habe als solcher auch die Beschlüsse der Fraktion dem Reichsanwalt mitgeteilt. Hierzu habe er, da Herrg. verhielt, war, nicht Steiniger und Best, sondern Rademacher mitgenommen. Die Vermögensverwaltung seiner Frau unterstütze ihn persönlich nicht, drei Viertel der Schuld seiner Frau besitze sich auf Erbauseinandersetzungen, die bis in die Kuppen ausgemerzt seien.

Dr. Best wandelt jetzt aus Range. Sein Samstagsmorgen sei allerdings ein unglücklicher und habe Späthochzeit zugeführt, aber nur auf Verlangen des Gläubigers. Er selbst habe sich für eine Rückwirkung zu Lasten seiner Familie eingesetzt.

Abg. Dr. Best: Alle ihm gemachten Angaben stammten von Personen, die ihm vorher unbekannt gewesen seien. Er habe nirgends Informationen eingelesen. Aber die Dinge seien mit den angegebenen Erklärungen nicht erledigt, sondern müßten bis ins kleinste gerichtlich aufgeklärt werden. Interessant sei die Erklärung v. Nichthofens, daß sein 5000 Morgen gutes Rübenboden umfassenbes Gut einen Steuerwert von 680 000 Mark habe, und daß er es um 250 000 Goldmark gekauft habe.

Ob Nichthofen eine treibende Kraft bei Einbringung des Antrags auf Beschränkung der Aufwertung von Restkaufgeldern gewesen sei, wisse er nicht, viele Fraktionsmitglieder behaupten es. Rademacher habe zugegeben, daß auch das von ihm geleitete Bergwerk an der Aufwertung interessiert sei. Oberhofen möge sich mit seinem Kollegen Dr. Steiniger auseinandersetzen, von dem die Mitteilungen über ihn stammen. Oberhofen habe über die Besprechung, die er mit dem Reichsanwalt über die Aufwertungsfrage gehabt habe, berichtet, dort sei ein fester Aufwertungsfuß ohne elastische Klausel nach oben vereinbart worden. Das habe nicht der Stellungnahme der Fraktion entsprochen, die auch Erhöhung nach oben wolle, und deshalb sei er und Steiniger aufs höchste empört gewesen. Die persönlichen Verhältnisse Oberhofens seien ihm im übrigen nicht näher bekannt, aber hoffentlich würden alle die gemachten Angaben gerichtlich untersucht werden.

## Ein gefährlicher Sieg Painlevés

Die inflationistische Finanzvorlage Caillaux von den Mittels- und Rechtsparlamenten angenommen. — Die Sozialisten und Linksdemokraten enthalten sich, um nicht die Finanzkrise zu verschärfen.

Paris, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Ministerium Painlevés, dem am Freitag zwei Drittel der Abgeordneten des Linksblocks die Gefolgschaft verweigerte, hat in der Finanzfrage dank der geschlossenen Unterstützung durch die Rechte von den gemäßigten Republikanern bis hinüber zu den Royalisten gegen die eigene Mehrheit gestimmt. Damit ist die parlamentarische Basis des Kabinetts, das von den Parteien der Linken zur Regierung berufen wurde, unzweifelhaft nach rechts verschoben. Noch weit stärker als wie die Schlussabstimmung über das Sanierungsprogramm ist diese Tatsache in den Einzelvoten über die verschiedenen Artikel des Entwurfs in Erscheinung getreten. Der sozialistische Gegenantrag auf Einführung einer Kapitalabgabe ist zwar mit 340 Stimmen der Rechts- und Mittelparteien abgelehnt worden, hat aber immerhin die ansehnliche Zahl von 210 Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht. Der Artikel 2 der Vorlage, der den Zinsenlauf auf 51 Milliarden erhöht, ist nur mit 228 Stimmen zur Annahme gelangt. 119 Abgeordnete haben dagegen gestimmt und etwa ebensoviel sich der Abstimmung enthalten.

Die sozialistische Fraktion hat sich mit Ausnahme von etwa einem halben Dutzend Abgeordneten, die mit den Kommunisten gegen die Vorlage gestimmt haben, der Abstimmung enthalten. Leon Blum hat diese Haltung damit begründet, daß die Fraktion als unausweichliche Folge der von Caillaux vorgeschlagenen Maßnahmen eine neue Verschärfung der Inflation mit ihren für die breite Masse verhängnisvollen Rückwirkungen fürchte, daß es aber andererseits mit Rücksicht auf die kritische Lage, in der sich die Finanzen befinden, nicht habe dagegen stimmen und dadurch die Schwierigkeiten des Ministeriums vergrößern wollen.

Paris, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Finanzkommission des Senats wurde die von der Kammer verabschiedete Finanzvorlage mit 9 gegen 5 Stimmen bei 11 Stimmentzückungen angenommen. Im Verlauf der Diskussion im Plenum hat im Namen der sozialistischen Gruppe der Senator Renaud eine Erklärung abgegeben, die die Kritik der Linken und der fortschrittlichen Inflation aufs Schärfste verurteilt und das von der Kammer abgelehnte Projekt der Kapitalabgabe als die einzig mögliche Lösung für eine definitive und dauernde Befriedung der Finanzen bezeichnet. Diese Erklärung hat sich auch die Gruppe der republikanischen Sozialisten (das heißt bürgerliche Sozialdemokraten der Gruppe Renaud) ausdrücklich zu eigen gemacht. Ihr Vorsitzender, der Senator Soulie, führte dazu unter anderem aus, daß die Debatte über die Finanzreform mit der Abstimmung über das vorliegende Projekt nicht abgeschlossen sei. In der Schlussabstimmung wurde die Finanzvorlage mit 273 gegen 11 Stimmen angenommen.

Paris, 29. Juni. (Frankfurter Bericht.) Der Führer der französischen Royalisten und Herausgeber der „Action Française“, Paul Doumer, der sich am Sonntag in der Erziehung im Departement Seine-et-Loire um den Tod des Royalisten, der die Hänge festgeworbenen Senatspräsidenten hätte, in gegen den Kandidaten der gemäßigten Republikaner, zu helfen suchten, die Kandidaten der Linken als dem Heineren Übel zuzugerechnet waren, unterlegen. Die Royalisten haben damit einen ihrer sichersten Waffensiege verloren.

## Mit dem Ruhrgebiet werden auch drei Rheinhäfen geräumt!

Bis 16. August.

Paris, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine Mitteilung des „Temps“, die offiziellen Ursprungs zu sein scheint, bezieht am Sonnabend ausdrücklich, daß zugleich mit der Ruhr auch die seit dem Frühjahr 1921 besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort geräumt werden und die Zurückziehung der Truppen, für die alle Vorbereitungsmaßnahmen getroffen seien, spätestens zum 16. August beendet sein wird.

Düsseldorf, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die ersten Vorbereitungen zur Räumung des Ruhrgebietes sind bereits getroffen. Einzelne Truppenteile, die an der nördlichen Befehlsgrenze Quartier bezogen hatten, sind bereits abgezogen. Man erwartet in den nächsten Tagen weitere Abtransporte in das Innere des besetzten Gebietes. Von dort aus gehen die gesammelten Truppenkontingente dann in ihre Stützquartiere nach Frankreich bzw. Belgien zurück.

## Die rechtsstehenden Ministerpräsidenten der Länder und die deutschnationale Parteileitung für Stresemanns Außenpolitik.

Am Sonnabend waren in Berlin die Ministerpräsidenten der Länder versammelt. Ihre Aufgabe war, zu den letzten Akten der alliierten Mächte Stellung zu nehmen, die Auffassung der Reichsregierung zu hören und mit ihr über die weiteren Schritte zu beraten.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch Ausführungen des Reichsanwalts und Reichsaussenministers. Ihnen folgte eine eingehende Debatte, die zu einer allgemeinen Übereinstimmung über die Auffassung führte. Jedenfalls war festzustellen, daß der von der Unterfertigung der Völkischen Lebensm in allen bürgerliche Ministerpräsidenten v. Brandenstein jetzt ebenfalls ein eifriger Befürworter der Erfüllungspolitik ist. Das Gleiche gilt von der Thüringischen Regierung, überhaupt von allen Landesregierungen, auch soweit sich ihre Tätigkeit auf die Hilfe der Völkischen stützt.

Immerhin sind die Folgen der wüsten Heftselbzüge gegen die früheren Regierungen der Erfüllungspolitik noch nicht überwunden. Es ist inzwischen leider zu weit gekommen, daß die Träger dieser Heft teilweise an verantwortlichen Stellen stehen und dort genau das Gleiche machen wie ihre Vorgänger, die mit Mord und Totschlag für ihre Überzeugung bedroht wurden. Unter diesen Umständen hat sich die deutschnationale Parteileitung veranlaßt gesehen, für Sonnabend eine Vorstandssitzung unter Beteiligung der Landesvorsitzenden nach Berlin einzuberufen. Der Zweck war, die Opposition gegen die Erfüllungspolitik zu bändigen und gegenüber dem Ausland den Eindruck zu erwecken, daß auch die deutschnationalen erfüllen können und wollen. Die Regie hat geklappt; mit fliegenden Fahnen setzte man den Schlussstrich unter die phrasenreiche Vergangenheit, um in Zukunft mit Stresemann, dem einst so geschätzten Minister, nach außen zu erfüllen und im Innern die arbeitenden Massen zu erschöpfen. Deshalb will man weiter in der Regierung bleiben.

Das beschloß die offizielle Parteileitung. Die Opposition wird erst in den nächsten Tagen sprechen. Warten wir ab!

## Die Wirkungen des deutsch-polnischen Zollkrieges.

Das polnische Pressebüro in London veröffentlicht, laut „Frankf. Jtg.“, eine Erklärung, die beweisen soll, daß die Verantwortung für den deutsch-polnischen Zollkrieg Deutschland zufalle. Diese Kritik deutet den Engländern an, daß sich daraus für sie geschäftliche Chancen ergeben. Der Nachrichten-Korrespondent der „Daily Mail“ unterkreuzt denselben Gedanken mit noch größerer Ungenauigkeit. Der Gedanke ist dabei, daß der eng-lische Handel einen großen Teil der Güter direkt nach Polen importieren könne, die bisher über Deutschland und Wien gingen.

## Deutsch-polnisches Übereinkommen in der Optantenfrage.

Zwischen der deutschen und der polnischen Regierung ist, wie der „Frankf. Jtg.“ erfährt, ein Übereinkommen getroffen worden, das gewisse Abänderungen für die Abwanderungspolitik der Optanten festsetzt. Zur Wahrung der Familienangehörigen der Abwandernden ist beschlossen worden, daß auch jene Familienangehörigen von Optanten, die über 18 Jahre alt sind und selbstständig optiert haben, erst mit dem Ablauf des Abwanderungs-termins des Vaters oder Haushaltungsoberhauptes abzuwandern haben; für die Grundbesitzer lag nach dem Wiener-Abkommen bekanntlich eine verlängerte Abwanderungsfrist vor, die sich auf die genannten Familienmitglieder nicht erstreckte. Letztere brauchen also nicht schon zum 1. August dieses Jahres, sondern erst zum 1. Juli 1926 und in der Grenzzone, zum 1. November 1926 abzuwandern. Ferner haben beide Staaten auf die Abwanderungspflicht der Konsulatsangehörigen verzichtet. Wie die „Frankfurter Nachrichten“ melden, sind die Bestimmungen von der Regierung genehmigt worden, aus dem Wiener-Abkommen die Abwanderungsfrist für Optanten um drei Monate zu verlängern, wenn es sich um Kranke, gebrechliche oder große Personen handelt.



# Mißstände beim Reichsbrandtweinmonopol.

## Die Interessenten bestimmen die Preise der Reichsverwaltung. — Reichstagsdebatte über die Reichsfinanzverwaltung.

Der Reichstag beriet am Sonnabend den Zustand des Reichsfinanzministeriums.

Abg. Eggertsdorf (Soz.):

Es ist ein gesundes Verlangen, daß das Finanzministerium gehört werden muß, wenn Ausgaben erfolgen sollen. Wir würden uns auch damit abfinden, wenn dieses Prinzip in sozialer und gerechter Weise angewendet wird. Leider ist das aber nicht der Fall. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn es sich um die Ausgaben für soziale Zwecke handelt, so steht dem das Ministerium einen jähren Widerstand entgegen, den man bei solchen Ausgaben nicht findet, die für die Industriellen bestimmt sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichsfinanzminister hat im Ausschuh von einer Rat- und Schiedsgerichtsgemeinschaft gesprochen, es wird allerdings bald nicht mehr viel übrig bleiben, als eine Notgemeinschaft für die Rinderbezückerung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich denke da besonders an die Beamtenfragen. Bei keinem Amtsantritt hat Herr von Schilling gesagt, er werde für den Ausgleich bei der Beibehaltung für die unteren Schichten sorgen. (Zuruf bei den Soz.; Schöne Worte!) Die Worte haben bei den unteren Beamten große Hoffnungen geweckt, die aber nicht erfüllt worden sind. Der Finanzminister hat ferner die Steuer-moral als eine staatsbürgerliche Pflicht bezeichnet. Die Gehaltsgebung der letzten Jahre war allerdings nicht dazu angetan, die Steuer-moral zu heben. Es sind ja offene Aufforderungen erlassen worden, die Steuerzahlung zu latieren; der Reichsfinanzminister ist dem viel zu wenig entgegengetreten. Als Hugo Stinnes starb, hat seine Familie nicht einen Pfennig Erbschaftsteuer gezahlt.

Der Redner wendet sich der Beurteilung der Zustände beim Branntweinmonopol zu, gegen das in der letzten Zeit heftige Angriffe gerichtet worden sind. Es handelt sich dabei gar nicht um ein eigentliches Monopol, wir haben hier höchstens ein Zwischenhandelsmonopol. Der Bericht über das vergangene Jahr ist recht ungünstig. Es wurden 1 580 000 Hektoliter Weingeist erzeugt, aber nur 1 200 000 abgesetzt. Dabei ist nur 70 Prozent des Brennrechts ausgenutzt worden. Ware es vollständig ausgenutzt worden, dann hätte die Erzeugung über 3 Millionen betragen. Die Verwaltung hat auf ihren Lager einen Bestand von 1 700 000 Hektolitern. (Hört, hört! bei den Soz.) Hier ist ein riesiges Kapital sinnlos investiert. Was ist nun zu tun, um Abhilfe zu schaffen? Wir können dabei zwei Wege gehen. Der eine Weg führt zur Drosselung der Erzeugung; dagegen wehren sich die Landwirte mit einigen berechtigten Gründen. Sie brauchen die Schlampe als Viehfutter, die mageren Eiden in Ostpreußen können mit ihr ertragsfähiger gemacht werden. Auch aus den Abwässern der Papierfabriken wird erst Zucker gewonnen und dann daraus Branntwein erzeugt. Auch hier ist eine Drosselung nicht möglich. Der zweite Weg führt zur Hebung des Absatzes. Der Verbrauch an Branntwein ist zurückgegangen. Vor dem Kriege waren 1 650 000 Hektoliter Weingeist als Trinkbrandtwein verbraucht, jetzt sind es nur 1 200 000. In sich ist dieser Rückgang des Verbrauchs von Trinkbrandtwein kein Unglück, im Gegenteil, jeder freut sich darüber. Aber leider ist der wirkliche Verbrauch an Trinkbrandtwein viel größer, denn es wird noch sehr viel Sprit geschmuggelt und geschoben.

Bedenklicher ist der Rückgang des Branntweinverbrauchs zu technischen und gewerblichen Zwecken. Vor dem Kriege betrug er 1 200 000 Hektoliter, jetzt nur 800 000 Hektoliter. Eine Steigerung kann erzielt werden, wenn der Spiritus für motorische Zwecke besser nutzbar gemacht wird. Durch den Verbrauch von Spiritus zu Betriebszwecken können wir die Bestände wesentlich herabzurücken. Das Finanzministerium sollte in dieser Richtung auch auf die in Betracht kommenden Behörden einwirken. Auch durch den Export läßt sich eine Steigerung des Absatzes erzielen. Es hat sich aber herausgestellt, daß die deutschen Preise mit dem Weltmarktpreise nicht konkurrenzfähig sind. Es ist notwendig, daß eine Ueberprüfung des Uebernahmepreises vorgenommen wird. Dieser Uebernahmepreis wird von einem Beirat festgelegt, der aus fünf landwirtschaftlichen Bräuern besteht, einem Vertreter der Kornbrennereien, einem Vertreter der Kolosse, einem der Obstbrennereien und zwei Vertretern der verbrauchenden Industrie. Auch aus dem Reichstag und aus dem Reichswirtschaftsrat sind Interessenten Mitglieder des Beirats. Die Interessenten legen also selbst den Uebernahmepreis fest. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre eine Aufgabe der patentierten Reimiger des öffentlichen Lebens, wenn sie für eine Änderung dieser Zustände sorgten. (Beifall links.)

Abg. Dr. Oberfohren (Dnt.) erklärt namens seiner Fraktion, daß sie die Staatsverwaltung und vorzügliche Finanzpolitik des gegenwärtigen Finanzministers vollkommen billige und dem Minister ihr Vertrauen ausspreche. Die Krise des Branntweinmonopols könne nur gelöst werden dadurch, daß man zu dem

vor der Sozialisierung (!) bestehenden Zustande zurückkehre. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Gumbel (D. Fr.) betont, daß durch Reichssteuern eine neue Kammer um die einzelnen Reichsteile gelegt werde; es sei daher zu begrüßen, daß der Finanzminister an h. Sympathie für diesen Gedanken habe. Die Frage der notwendigen Reform der Beamtenbezahlung könne nicht gelöst werden, bevor ein Ueberblick über die Finanzverhältnisse des Reiches vorhanden sei. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.): Die einheitliche Reichsfinanzverwaltung habe sich bewährt. Die Finanzverwaltung des Reiches dürfe aber nicht in kleinliche Aufsichtstätigkeit bei den Ländern ausarten, weil dadurch der Unitarismus des Reiches gefährdet werde. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Höllein (Komm.) befragt die Reichsfinanzverwaltung des Reiches über die Beschäftigung des Hauzes. In namentlicher Abstimmung wird festgestellt, daß von den 472 Reichstagsgeordneten sich nur 207 im Saale befinden. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. — Nächste Sitzung Donnerstag: Fortsetzung der Debatte über den Etat des Finanzministeriums.

### Im Handelspolitischen Ausschuh

des Reichstages wurde am Sonnabend Genosse Reichsheim zum Generalsekretär bestimmt. Ueber die Lebensmittelpreise soll Abg. Hampe (Wrt. Fr.), über die Industriezölle Abg. Lejeune-Jung (Dnt.) berichten.

Vor Beginn der sachlichen Aussprache gab der Wirtschaftsinhaber einen Ueberblick über die gegenwärtig schwachen handelspolitischen Verhandlungen. Dann erhielt Genosse Hilferding das Wort. Er widerlegte sämtliche Argumente, die von dem Ernährungsinhaber am Tage vorher zur Begründung der Agrarzölle heraufgeführt wurden. Einzelfall behandelte sich Hilferding dann mit den industriellen Fällen und der Eisenfrage. Er wies in diesem Zusammenhang unter anderem auf die Bestrebungen des Stahlwerkes hin, der ein absolutes Preismonopol errichten will, so daß der Eisenverbraucher mit dem Weltmarktpreis plus Zoll belastet wird. Anschließend beschäftigte sich unter Redner mit den Argumenten des Abg. Schreiber (D. Fr.), der mit Rücksicht auf die Zollverpflichtungen der anderen Länder eine möglichst schnelle Verabsichtigung der deutschen Zollvorlage wünscht. Deutschlands handelspolitische Situation seit dem 10. Januar d. Js. sei infolge der Verhältnisse des Reichswirtschaftsinhabers und der Rückständigkeit, mit der der Reichsernährungsinhaber auf die Einführung der Agrarzölle dränge, nicht gerade sehr günstig. Der neue Zolltarif, der unter dem Druck der Interventionen zustande gekommen sei, bringe nicht etwa eine Ueberwälzung des alten Zolles, sondern erhöhe fast vier Fünftel der Positionen außerordentlich. Gebundene Agrarzölle seien weder ein handelspolitisches Instrument, noch lasse sich durch sie die Produktion der Landwirtschaft fördern. Eine Senkung der Umlage zur Bringe der Landwirtschaft weit größere Vorteile als der Hochzoll. Vor dem Kriege sei die Landwirtschaft mit vier Millionen Tonnen versichert gewesen; durch die Zolltarif aber sei diese Versicherung befristet worden. Außerdem sei die Landwirtschaft während der Isolation im Gegensatz zur Friedenszeit mit billigeren Futtermitteln und Düngemitteln versorgt worden. Die unter dem Weltmarktpreis liegenden deutschen Preise seien aus dem Druck der Konkurrenz und die handelspolitische Erziehung zurückzuführen. Wenn Graf Kanitz die „Preisfrage“ zur Begründung der Agrarzölle herangezogen habe, so sei darauf zu erwidern, daß sich seit dem Jahre 1914 die Preise für Industrieerzeugnisse ständig erhöht hätten, während die Preise für Getreide und Kartoffeln in die Höhe gingen. Die Kaufkraft des Geldes habe zum Beispiel in dieser Zeit eine Steigerung von 13 bis 14 Prozent erfahren. Graf Kanitz habe unter anderem von der günstigen Entwicklung der überseeischen Konkurrenz, von der Erweiterung der Absatzmärkte und von einem Antriebspreis für landwirtschaftliche Produkte gesprochen, dabei aber die Entwidlung völlig außer acht gelassen, welche die Agrarwirtschaft der ganzen Welt nach dem Kriege nahm. Eine starke Steigerung der Produktion sei ein zweites nicht zu erwarten, da sie unter anderem eine Frage der Exportstrategie und des Kreditrisiko sei. Wenn man nachdenken könnte, daß die Landwirtschaft aus Erziehungszwecken gebrauchte, würde man auch mit der Sozialdemokratie einverstanden über diese Frage werden können. Wenn man aber eine gesunde Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion wolle, dann müsse man ebenso wie in der Industrie auf eine Veredelung hinwirken. Das ist aber nicht durch die Einführung von Zöllen auf Getreide und Futtermittel zu erreichen.

Wichtigsten erklärte Genosse Hilferding: Die Sozialdemokratie hat sich in der Generaldebatte über die Zollvorlage abfällig davon frei gehalten, die Materie unter sozialpolitischen oder konjunkturpolitischen Gesichtspunkten zu betrachten. Ihr ist es viel mehr darum angekommen, den Nachweis zu führen, daß die in der Regierungsvorlage vorgesehene Schutzpolitik für die landwirtschaftliche Produktion nur von Schaden ist. Die katastrophalen Wirkungen der Zollvorlage auf sozialpolitischem und konjunkturpolitischem Gebiet werde die Sozialdemokratie in der Spezialdebatte noch eingehend beleuchten. — Dienstag Fortsetzung der Beratungen.

### Aus dem Reiche.

Erhöhung der Hauszinssteuer um 6 v. H. der Friedensmiete? Dem Preussischen Staatsrat ist Freitag ein Gesetzentwurf zur Veränderung der Preussischen Steuernotverordnung und des Preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz zugegangen. Der Entwurf sieht eine weitere Anspannung der Hauszinssteuer, die in Anbetracht der finanziellen Notlage des Staates und der Gemeinden angeblich dringend erforderlich sei, vor. Es wird vorgeschlagen, die Hauszinssteuer vom 1. August d. Js. ab um 6 Prozent der Friedensmiete und vom 1. Oktober d. Js. ab um weitere 6 Prozent der Friedensmiete zu erhöhen. Die Erträge dieser Erhöhung am 1. August sollen zu zwei Dritteln den Gemeinden und Gemeindeverbänden und zu einem Drittel dem Staat zufließen. In der Begründung zu dem Entwurf wird darauf hingewiesen, daß bei der Erhöhung der Mieten den Eigentümern ein erhöhter Betrag für Betriebs- und Instandhaltungskosten, sowie zur Veranlassung des eigenen und fremden Kapitals zugestanden werden soll, daß sich indessen Vorkläge nach dieser Richtung hin erst nach der Verabschiedung des Aufwertungsgegesetzes, das dem Reichstag vorliegt, machen lassen.

Kommunistischer Hochschulrat gegen eine sozialdemokratische Arbeiter. Am Sonnabend wurde in Berlin der sozialdemokratische Parteifunktionär Genosse Heidler von Kommunisten überfallen, gewürgt und durch einen Messerstoß schwer verletzt. Die Hinter dieses Attentats waren im Begriff, sich zu einer kommunistischen Sitzung zu begeben, als sie Heidler entdeckten und ihm seiner Verurteilung wegen einen Dolchstoß zu geben beschloßen. Die Täter sind festgenommen.

Der Hochschulkrawall in Hannover. Die skandalisierenden Korpsstudenten und die zum guten Teil nationalistisch eingestellten Professoren der Technischen Hochschule Hannover behaupten bis auf den heutigen Tag das Feld gegen Professor Kelling. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat nun endgültig Stellung zu dem Hochschulkrawall genommen und in einem energischen Schreiben an Rektor und Senat folgende Forderungen erhoben:

1. Der von den Studierenden zur Behandlung der Angelegenheit Kelling eingesetzte Ausschuh (Kampfausschuh) ist mit sofortiger Wirkung aufzulösen. 2. Ich bin damit einverstanden, daß von einem disziplinarischen Vorgehen gegen die Mitglieder des Kampfausschusses als solche abgesehen wird, weil ich annehme, daß die Wirkung des Ausschusses in gutem Glauben erfolgt ist. Ich erwarte jedoch, daß gegen den Studierenden Ausschuhmann sofort das Disziplinarverfahren eingeleitet wird. Ausschuhmann hat ein Flugblatt vom 15. Juni. Wie steht es um den Fall Kelling? Ich erwarte, daß Sie mir persönlich gemachten Aufklärung über die Nachsitze verleiht und durch Verbreitung dieses Flugblattes Ruhe und Ordnung an der Hochschule gestiftet. Das Flugblatt erörtern die Behandlung der Angelegenheit Kelling durch das vorliegende Ministerium in ungebührlicher Form und in auch seinem sonstigen Inhalt nach geeignet, die Hochschule zu schädigen. Ferner soll Ausschuhmann in einer in der Hochschule an die Studierenden gefallenen Ansprache geküßelt haben, er habe die Meinung, daß Professor Kelling in der Hochschule Krügel bekommen hätte. 3. Ich erwarte, daß jede weitere Störung der Vorlesungstätigkeit des Professors Dr. Kelling unterbleibt. Sollte die Gewähr hierfür und für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung vom Rektor nicht übernommen werden können, so würde ich mich gezwungen sehen, die Hochschule bis auf weiteres zu schließen. Professor Kelling wird am Montag wieder mit seinen Vorlesungen beginnen.

Parteilichheitsgericht in Leipzig. Wie wir hören, hat das in Leipzig zusammengetretene Schiedsgericht, das aus drei Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktionen minderheit, drei Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktionen mehrheit und dem Genossen Heiss-Anhalt als Vorsitzenden besteht, zu dem Ausschuh der Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktionenmehrheit aus dem Bezirk Leipzig in längeren Verhandlungen Stellung genommen. Das Schiedsgericht entschied mit 4 gegen 3 Stimmen, daß der Ausschuh der Abgeordneten der Fraktionenminderheit nicht aufrecht zu erhalten ist.

# Der Fall Robert Robertson.

Roman von Sven Eickstedt.

8) Jenneslew fand eine Weile und betrauerte das Geleit schweigend. Darum mußte er die Kleidung des Toten. „Als ich Gravenhaag das letzte Mal im Requiem sah“, murmelte er vor sich hin, „traug er auch diesen hübschen Ring. Ob es ihm wohl die ganze Zeit getragen hat? Schade, daß es ihm nicht, denn er liebt Schmuck in seiner Toilette und liebte seine feine Eleganz.“ „Ich weiß“, sagte der Arzt, „er war sogar ein wenig gedanklich — betrauerte Sie das feine Bein der Handschuh mit den Diamantknöpfen... den Diamantknöpfen“, wiederholte er und blickte den Kommissar an, „also liegt...“ „Kein Raubmord vor“, schloß Jenneslew, „bis auf weiteres wollen wir es annehmen.“ „Und sehen Sie diese eleganten Schuhe und lederen Strümpfe“, fuhr der Arzt fort, „und kein ein Teilchen in der Brauttracht.“ „Wichtig zeigte er auf das Teilchen.“ „Ein blaues Band“, sagte er. „Jenneslew zog es aus der Tasche und blickte es an. Es war hell, künstlich gefärbt und es wieder in die Tasche.“ „Merktens war es nicht angrünlich, daß der Körper des Angeklagten wieder an seinen Platz legen würde.“ Wichtig aber kam ihm ein Gedanke und er betrachtete das Teilchen genau. „Ich werde es behalten“, sagte er, „es kann mir später noch von Nutzen sein.“ „Darum nahm er von neuem den Brief vom Schweiß.“ „Und dieser Brief ist ein Beweis, daß ein Verbrechen vorliegt. Es ist ein unvollständiger Brief. Sie brauchen ja die Handschrift des Verstorbenen. Ist es nicht?“ „Ja“, antwortete Dr. Hermsen, „es ist Dr. Hermsen's Schrift. Keil und heißt ohne eine Spur von Ratschlag.“ „Der Mörder hat ihn unterschrieben“, sagte Jenneslew, „haben Sie, was er geschrieben hat.“ „Unter Hermsen's Schrift“, sagte er, „ich habe in der letzten Zeit Sorgen gehabt, die mich haben aus dem Gleichgewicht bringen. Ich werde versuchen, durch eine Reise ins Ausland meine Ruhe wiederzufinden, und bitte Dich, während meiner Abwesenheit...“ „Hier ist er unterschrieben worden“, sagte Jenneslew, „aber nicht wichtig, die Feder ist ihm nicht aus der Hand gelassen.“

„Wer hat es den Angeklagten, als ob jemand ins Zimmer gekommen ist, den er erwartet hat, denn er hat ganz ruhig die Feder auf das Papier gesetzt, um den Eintritten zu begrüßen. Es war der Mörder“, schloß Jenneslew, indem er auf die Tür zeigte. „Beide Herren blickten in die Richtung, und der Arzt konnte eine gewisse Gemütsbewegung nicht zurückdrücken. Er starrte auf die Tür, als er sagte, daß sie sich von neuem öffnen und den Verstorbenen hereinbringen würde. Doch für diesen verblieben.“ „Der Arzt schloß vor, daß Hermsen's Hauptstadt Hektor sehr schön herbeigekommen werden sollte, was auch unabweisbar geschah.“ Dr. Hermsen teilte dem Kommissar mit, daß man seinen Freund tot aufgefunden habe, und daß er wahrscheinlich das Opfer eines Verbrechens geworden sei. „Als Hektor kam, war er darum vorbereitet, wurde aber nicht weniger verwirrt, als er sah, wie über sein Freund gesichert war. Die beiden Herren nahmen jetzt gemeinsam ein gründliches Interesse an dem Brief vor.“ „Währenddessen durchsuchte der Kommissar das Zimmer sorgfältig. Nach keiner Scheidung hatte Dr. Gravenhaag einen Teil seiner Wohnung abgeschlossen. Sein eigenes Gehörgehör bediente er nur das Esszimmer und das Schlafzimmer. Die nebeneinander liegen. Im Hermsenzimmer hatte er vor ein Zeit ein kleines Kissen, dort lag er. Außerdem besaß er natürlich das Badezimmer für eine Patienten und sein Konversationszimmer. Jenneslew blickte die verschiedenen Zimmer und dachte, daß sie alle, ohne etwas ungewöhnliches zu entdecken. Die Luft war etwas dumpf, da die Fenster so lange nicht geöffnet gewesen waren. Die Möbel waren sauber, und das Gang machte einen eben Eindruck, wie man erwarten könnte. Auch im Konversationszimmer fand er nichts Besonderes, und der Hermsen war wie alle Konversationszimmer bei Hermsen nachher mit Stühlen und auf den Tisch ein zierliche Lederkoffer von Familienvermögen.“ „Jenneslew hatte danach folgende Notizen: Dr. Gravenhaag war einige Tage vorzeitig gewesen, vielleicht aus Schuld, vielleicht aus anderen, das würde später festzustellen sein. Hermsen erhielt nach ihm die von ihm geschriebenen Briefe. (Die alte Reinschreibung hatte die Wohnung ja nach ihm verlassen.) Er war in Gesellschaft eines Mannes gekommen, mit dem er ein Glas Whisky im Esszimmer getrunken hatte. Während sie zusammen saßen, war es Dr. Gravenhaag eingeleitet, daß er noch einige Worte an seinen Freund Professor Hektor schreiben sollte. Er war zu diesem Zeitpunkt schon sehr müde. Hektor hat einen Augenblick geantwortet und sich ein Glas trinken. Ich habe nur ein paar Worte an einen Freund geschrieben. Wenn er ihn verlassen und sich an der Schwelle gezeigt hat. Er hatte

einige Zeilen geschrieben, als dieser Mann aus dem Zimmer zu ihm hertrat. Natürlich ist er über sein Eintreten nicht erstaunt gewesen, sondern hat den Federhalter ganz ruhig auf das Papier gelegt. Darauf hat eine Unterhaltung stattgefunden, die mit dem Wort endigte — wahrscheinlich ist diese Unterhaltung kurz gewesen, und wahrscheinlich hat Dr. Gravenhaag sich nicht einmal aus seinem Stuhl erhoben. Es ähnlich wie Jenneslew erste große Theorie, und er meinte, wenn man die Person gefunden habe, die Dr. Gravenhaag an jenem Abend nach Hause begleitete, dann würde man auch den Mörder gefunden haben.“ „Als er ins Hermsenzimmer zurückkehrte, hatten die beiden Herren gerade ihre Unterredung beendet und unterhielten sich über das Teilchen. Sie hatten den Toten auf das Sofa gelegt und keinen Oberkörper entdeckt, um möglicherweise nach anderen Spuren von Gewalt zu erheben, aber sie fanden keine anderen Merkmale am Körper als eine Marke auf dem linken Schulterblatt. Es war eine große Marke, die die Form eines Kreuzes hatte. Professor Hektor irrte sich keine Hände, nachdem er sie gewaschen hatte, und als er bemerkte, daß Jenneslew diese Marke betrauerte, sagte er, er habe sie schon früher beim gemeinsamen Baden gesehen. Dr. Gravenhaag hatte sich vor einigen Jahren durch einen Spiegel gesehen. Die Form des Kreuzes war so deutlich, als ob sie tätowiert worden sei. Der Fall ist vollständig und wichtig: Dr. Gravenhaag hatte, selbst wenn er, dieser Marke eine gewisse Bedeutung beigelegt, wie Leute sie kreuzförmigen Markierungen am Himmel beilegen. Er meinte, daß er dazu bestimmt sei, ein lüdes Ende zu nehmen. Professor Hektor zeigte auf den Toten und sagte: „Der Unfall kommt mit dem Ubergang zu Hilfe. Nun, jedenfalls ist es kein Unglück, plötzlich zu sterben.“ „Professor Hektor gehörte zu der Sorte Menschen, deren aufre Linie sich durch nichts ändern läßt, nicht einmal durch den Ernst des Todes. Man erzählt sich von ihm zahlreiche Anekdoten, wie er mit einem Scherz auf den Lippen an die schwierigsten Operationen ging. Er genoss einen europäischen Ruf als Chirurg und war in den alten Zeiten wegen seiner geistlichen Tatkraft hochgeachtet. Eine Operation vorzunehmen war für ihn ebenso leicht und natürlich, wie bei einer Mittelmeerfahrt die Rede auf die Damen zu halten. Er hatte so viel gesehen, daß selbst der Tod in welcher Gestalt er auch auftreten mochte, ihn nicht aus dem Gleichgewicht bringen konnte.“ (Fortsetzung folgt.)



# Parteitag und Frauenkonferenz.

## Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei be-  
ruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf  
Sonntag, den 13. September, abends 6 Uhr  
nach Heidelberg, Stadthalle, ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes.
  - a) Allgemeines. — Berichterstatter Johannes Stelling.
  - b) Agitation, Organisation und Kasse. — Bericht-  
erstatter: Fr. Bartels und Konrad  
Ludwig.
2. Bericht der Kontrollkommission. — Bericht-  
erstatter: Fr. Brühne.
3. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion  
im Reichstag. — Berichterstatter: Wilhelm  
Reil.
4. Problem der europäischen Politik (Bericht vom  
Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Inter-  
nationalen). — Berichterstatter: Artur  
Crispien.
5. Das Parteiprogramm. — Berichterstatter: Dr.  
Silferding.
6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontroll-  
kommission und des Ortes, an dem der nächste  
Parteitag stattfinden soll.
7. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tages-  
ordnung noch nicht erledigt sind.

Im Anschluß an den Parteitag findet in Heidel-  
berg eine

## Frauenkonferenz

statt.

## Vorläufige Tagesordnung:

1. Frauenbewegung und Sozialdemokratie. Re-  
ferent: Frau Marie Juchacz.
2. Die Frau im zukünftigen Strafrecht.

Der Parteitag setzt sich zusammen aus den in Be-  
zirksverbänden gewählten Delegierten, der Vertretung  
der Reichstagsfraktion, den Mitgliedern des Parteivor-  
standes, des Parteiausschusses und der Kontroll-  
kommission.

An der Frauenkonferenz sind zur Teilnahme be-  
rechtigt: Ein bis zwei Delegierte aus jedem Bezirks-  
verband, die weiblichen Delegierten zum Parteitag, die  
weiblichen Mitglieder des Reichstags, je ein weibliches  
Mitglied der Landtage und männliche Genossen, die von  
der Bezirksleitung mit Mandaten versehen werden.

Anträge für die Tagesordnung des Parteitages  
können nur behandelt werden, wenn sie von Parteio-  
rganisationen gestellt und spätestens bis zum  
12. August 1925 beim Parteivorstand eingereicht sind,  
damit sie laut Organisationsstatut § 13, Absatz 2,  
spätestens am 16. August im „Vorwärts“ veröffentlicht  
werden können.

Zum Parteitag gestellte Anträge müssen jeder für  
sich auf ein besonderes Blatt Papier einseitig be-  
schrieben und mit der Angabe, zu welchem Punkt der  
Tagesordnung gehörig, versehen sein.

Wegen Wohnungsbeschaffung unter Angabe, ob  
Hotel oder Privatwohnung, müssen sich die Delegierten  
rechtzeitig beim Lokalkomitee melden. Adresse: Partei-  
sekretär J. Amann, Heidelberg, Kohrbacherstraße 13.

Berlin, den 24. Juni 1925.

Der Parteivorstand.

## Um die Freiheit des deutschen Luftfahrzeugbaues.

Amlich wird mitgeteilt: Die Vorkonferenz hat zu  
den Beschränkungen des deutschen Luftfahrzeug-  
baues in einer am Sonntag in Berlin eingeleiteten Note  
nachmalige Stellung genommen. Die vorläufige Überprüfung läßt  
erkennen, daß einige geringfügige technische Er-  
leichterungen zugestanden werden, denen jedoch neue weit-  
gehende organisatorische Bindungen gegenüberstehen. Die Reichs-  
regierung wird sich in den nächsten Tagen eingehend mit dieser  
Frage befassen.

## Luther redet im besetzten Gebiet.

Mainz, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichs-  
kanzler Dr. Luther wollte am Sonntag zu der Jahreshaupt-  
feier in Mainz. In einer Rede, die er in Erwiderung einer  
Ansprache des Mainzer Oberbürgermeisters hielt, sagte er u. a.:  
„Weil Mainz eine so ausgezeichnete geographische Lage hat,  
ist es auch immer wieder im weltgeschichtlichen Geschehen un-  
terschieden worden. Die Lage von Mainz bedeutet für Deutsch-  
land das Positive, den Schlüsselstein der Verbindung  
zwischen Nord und Süd. Für jeden anderen aber, der sich  
hierher setzen könnte, würde es nur eine Störung des natürl-  
gegebenen Zusammenhangs darstellen und immer noch in der  
Weltgeschichte ist das Positive stärker gewesen als das  
Negative. Die deutsche Regierung wird darum alles tun,  
was in ihrer Kraft liegt, um das Los, das dem Lande am Rhein  
bereitet ist, zu mildern.“

## Absperrung gegen ausländische Arbeiter in Oesterreich.

Wien, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die österreichische  
Regierung bereitet einen Gesetzentwurf zum Schutze der inländi-  
schen Arbeiter und Angehörigen vor. Vor allem soll zunächst die  
Einstellung von Ausländern, von denen es in Oesterreich 50 000 bis  
60 000 gibt, überprüft werden. Im Jahre 1924 sind allein 10 000  
Ausländer nach Oesterreich gekommen. In den ersten Monaten  
des Jahres 1925 wurden 5000 Ausländer gezählt, von denen 2000  
aus der Tschechoslowakei stammen. Die Unternehmer sollen durch  
das neue Gesetz gezwungen werden, in erster Linie Inländer an-  
zustellen. Das Unrecht soll gemindert werden.

Das schreibt die Wiener „Arbeiterzeitung“:  
„Es ist ein ganz ähnliches Problem wie in der Zoll- und  
Handelspolitik. Wir können gewiß Schutzmaßnahmen für manche Waren  
nicht entbehren. Aber der Zweck dieser Zölle sollte nicht sein, sie  
festzuhalten, sondern sie als Kompensationsobjekte zu betrachten.“

## Aus aller Welt.

### Freispruch im Prozeß wegen des Reichswehrunglücks an der Weser.

Im Reichswehrprozeß wegen des Weserunglücks wurde  
Oberleutnant Jordan freigesprochen.

In der Begründung des Urteils wurde unter anderem aus-  
gesprochen, daß das Gericht folgende Ursachen als für das  
Unglück maßgebend angesehen hat: 1. den Konstruktions-  
fehler der Fähre; 2. die starke Belastung der Fähre; 3. die  
unzureichende Raumverteilung und 4. den durch Hoch-  
wasser und die scharfe Gierstellung hervorgerufenen besonders  
schweren Wasserdruck. In keinem dieser Fälle könne man dem  
Oberleutnant Jordan den Vorwurf machen, daß er seine Pflicht  
als leitender Offizier irgendwie verletzt habe. Die Kon-  
struktionsfehler der Fähre habe er nicht kennen können, da die  
Fähre nach der Bauvorschrift ausgeführt war und er infolgedessen an-  
nehmen mußte, daß sie brauchbar sei. Er wegen der Belastung  
konnte es für ihn keinen Zweifel geben, er auf Grund seiner  
für ihn einwandfreien Berechnungen zu seinem Belastungsergebnis  
gekommen ist. Bezüglich der Raumverteilung hat das Gericht ge-  
sagt, ihm auch hier einen Vorwurf nicht machen zu können, da  
die Unklarheit der Bauvorschriften, ferner die mangelnde  
technische Vorbildung und die mangelnde  
frühere Erfahrung des Angeklagten ihm zugute zu  
rechnen sind. Ebenso war es ihm auch völlig unmöglich, sich eine  
Vorstellung von der Einwirkung des Hochwassers auf die Fähre  
zu machen. Damit blieb für das Gericht nichts anderes übrig, als  
die Freisprechung des Angeklagten zu beschließen.

Der Freispruch Jordans bedeutet eine schwere Anklage  
gegen seine vorgefakten Reichswehrstellen. Die  
durch Unklarheit der Bauvorschriften, schlechtes Material  
und mangelnde technische Vorbildung so viele junge Menschenleben  
geopfert haben.

### Reiseplan in den Alpen.

Nach einer Meldung aus Zürich dauern in der Schweiz auf  
allen Höhen bis 1800 Meter herunter Schneefälle an. In den  
Bergregionen ist die Temperatur auf den Bergen um Gefrier-  
punkt. Vom Pilatus wird eine Schneehöhe von zehn Zentimetern  
gemeldet. Der Stantis hat eine Schneehöhe von 30 Zentimetern.

indem wir bei Handelsvertragsverhandlungen den anderen  
Staaten anbieten, unsere Zölle auf ihre Waren zu beseitigen,  
wenn nur sie auch ihre Zölle auf unsere Waren aufheben. Ganz  
ebenso können wir in der gegenwärtigen Lage des Arbeits-  
marktes Beschränkungen der Zuwanderung ausländischer Ar-  
beiter nicht entbehren. Aber der Zweck dieser Beschränkungen  
darf nicht die dauernde Fernhaltung der aus-  
ländischen Arbeitskräfte sein, sondern die Ein-  
schränkung von internationalen Verhandlungen,  
in denen wir dem Ausland sagen: Öffnet ihr unseren Arbeits-  
markt eure Grenzen, dann sind wir jederzeit bereit, auch euren  
Staatsbürgern volle Freizügigkeit und volle Freiheit der Arbeit  
auf unserem Boden zuzugestehen. Denn auf dem Arbeitsmarkt  
so gut wie auf dem Warenmarkt können wir uns nicht  
nicht in gegenseitigen Abhängigkeiten mahnen  
finden, sondern nur in der Freiheit des internationalen Ver-  
kehrs.“

## Kleine Auslandsnachrichten.

Italienisch-bosnisch-herzegewinische Verbrüderung. Am 25. Juni,  
abends, sind die drei italienischen Kreuzer „Pantere“,  
„Leone“ und „Tigre“ in Petersburg eingetroffen und haben am  
Rai der Nawa angelegt. Den italienischen Matrosen wird nicht  
anderem ein Bankett und ein großes Konzert gegeben,  
an dem alle in Petersburg anwesenden Opernsänger und das  
Balllet teilnehmen werden.

Die englischen Parlamentarier und die polnische Tele-  
graphen-Agentur. Die amtliche polnische Telegraphen-Agentur  
verbreitet kürzlich ein Interview mit dem englischen Parlamen-  
tariern, die sich beim Verlassen Polens über dessen Beziehungen  
zu Danzig äußern wollten. Die Agentur „welche die  
Berechtigungen“ von seinem „Souveränität“ erhalten habe.  
Die Führer der englischen Parlamentariergruppe Ph. Darnley  
und Hannan haben nunmehr dem Danziger Senat folgende  
Depeche geschickt: „Ungeübliches Interview mit polnischer Tele-  
graphen-Agentur völlig infam. Wir haben niemals den be-  
haupteten Ansichten Ausdruck gegeben. Unser einziger Wunsch ist,  
daß Polen und Danzig in vollem Genuß ihrer Rechte und Pri-  
viliegen harmonisch zusammenarbeiten.“

Der Führer der griechischen Militärrevolte hat am Sonnabend  
ein Kabinett gebildet, das im wesentlichen aus Persönlichkeiten  
besteht, die dem Parlament nicht angehören. Die neue Regierung,  
deren Berechtigung durch den Präsidenten bereits erfolgt ist, beab-  
sichtigt, sich am Montag der Nationalversammlung vorzustellen. Da  
General Pangalos sich mit dem Plan trägt, das Parlament im  
Falle einer Obstruktion aufzulösen, werden vorerst parlamentarische  
Schwierigkeiten nicht erwartet.

### Das Hakenkreuz in den Alpenhöhlen.

Der Wiener Gemeinderat beschloß in seiner letzten Sitzung,  
dem Arbeiterkulturbund „Die Naturfreunde“ eine  
Subvention von 10 000 Schilling zu widmen. Als in der  
Debatte vor keine der Opposition bemängelt wurde, daß der  
Touristenklub der Deutsch-österreichische Alpenverein  
und der Gebirgsverein leer ausgehen, erklärte der  
Referent im Namen der sozialdemokratischen Gemeindegewalt:  
So lange die bürgerlichen Touristvereine in Oesterreich den  
Ferienparagraphe haben, und andere, nach den Schön-  
heiten der Natur sich sehende Menschen von der  
Benützung der Alpenhöhlen ausgeschlossen werden,  
kann die Gemeinde Wien diesen Vereinen keine Subventionen ge-  
währen. Es gibt eine Reihe von Höhlen in der bürgerlichen  
Verene, die mit dem Hakenkreuz geschmückt sind, wo offiziell An-  
sichtskarten mit dem Hakenkreuz verkauft werden und wo streng  
darauf geachtet wird, daß kein anders denkender Tourist Unter-  
kunft finde. Solche Vereine wird die Gemeinde Wien  
niemals unterstützen.

### Verhän gänsvolle Segelregatta.

Beim Wettsegeln an der letzten Küste wurden die 23 teil-  
nehmenden Boote bei Sturm überfallen. Nur acht  
Boote sind nach Riga zurückgekehrt. Ein Boot wurde als Boot  
an die Küste getrieben. Man befürchtet, daß die meisten ver-  
missten Boote perunglückt sind.

### Fluggeschwindigkeit in der Stadt.

In Alicante kürzte ein von Alger in den Morgenstunden  
ankommendes Flugzeug auf eine der belebtesten Straßen ab. Bei  
dem Abflug wurde die elektrische Leitung der Straßenbahn  
zerstört. Die beiden Insassen des Flugzeuges wurden tot unter  
den Trümmern hervorgezogen. Der Straßenbahnverkehr war  
während des ganzen Tages unterbrochen. Ein Einwohner, der  
gerade am Fenster stand, als das Flugzeug abfliegte, wurde  
durch die Trümmer des Flugzeuges schwer verletzt.

### Nachtflug nach Rio.

Schon im vergangenen Jahre hat man in England versucht,  
den Gefang der Nacht als Aufwachen und alle Radiohör-  
baren fernzuführen zu lassen. Dieser Versuch soll in diesem Jahre

## Kleine Breslauer Nachrichten.

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsverein. Sämtliche Kassierer versammeln sich am  
Montag, den 29. Juni, abends 7 1/2 Uhr, bei Bräuer, Gohlfstraße  
(Vereinszimmer). Sämtliches Material (Marken usw.) mit-  
bringen. — Dienstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, Versammlung  
sämtlicher Jugendbanner (Ost, Süd, West, Nord) in der  
Turnhalle am Sauerbrunnen (Vordstraße). Erscheinen aller  
Jugendbanner ist Pflicht.

Kammer 3. Montag, den 29. Juni, abends 7 Uhr, Gruppen-  
führung bei Stantol, Köpewitzstraße. — Freitag, den  
3. Juli, Monatsversammlung. Ort wird noch bestimmgegeben.

### Spendet für die Kinderferienwanderungen.

Zu den in diesem Sommer stattfindenden Kinder-Ferien-  
wanderungen sind Sammellisten in Umlauf. Wir bitten, davon  
rege Gebrauch zu machen. Weitere Sammellisten sind nach am  
Büfett des Gewerkschaftshauses zu haben. Geldspenden erbiten  
wir an: Wanderfonds „Naturfreunde“, Gewerkschaftshaus-  
Spartasse oder an Genossen Philipp, Gewerkschaftshaus, einz-  
zahlen. Ueber die Spenden wird in der Volkswacht quitiert.  
Bereits quittiert 219,20 Mark. Ferner gingen ein: L. Band der  
Bundbruder 50 Mark, Arbeiter-Angler 50 Mark. Unsere erste  
Wanderung findet Mittwoch, den 8. Juli, statt. Die Ausgabe der  
Teilnehmerkarten erfolgt Montag, den 6. Juli, 5 Uhr nachmittags,  
im Hofe des Gewerkschaftshauses. Am Mittwoch, den 1. Juli,  
7 1/2 Uhr, treffen sich alle Helfer, welche dieses Jahr an unseren  
Wanderungen teilnehmen, zu einer wichtigen Besprechung im Ge-  
werkschaftshaus. Bitte recht pünktlich zu erscheinen, da im An-  
schluß an die Besprechung eine Sitzung der Hülfenkommission  
stattfindet.

### Hütung, SW-Kassierer!

Heute abend 8 Uhr müssen bestimmt die Beiträge für Juni  
abgerechnet werden, sämtliche Abrechnungen und Quittungen über  
das Hamburgergeld sind mitzubringen, Gewerkschaftshaus,  
Zimmer 25.

### Von den Arbeiter-Kinderfreunden.

Helfer! Heute abend von 7 1/2—8 Uhr: wichtige Helfer-  
besprechung. Jede Gruppe muß vertreten sein!  
Musikanten! Wir treffen uns heute um 6 Uhr in der  
SW-Barade an den Leichädern zum Ueben.

Sänger! Die Gangeslütigen treffen sich Dienstag um  
5 1/2 Uhr am Stadtgraben, Kreuzung Ohlauer Straße, und  
Freitag um 4 1/2 Uhr am Königsplatz. Es müssen alle erscheinen.  
Gruppe 1 (Ohlauer Tor). Montag und Donnerstag: Spiel-  
und Tanz auf der Spielwiese Wolfswinkel.

Gruppe 2 (Scheitnig). Mittwoch, 5 Uhr: Zusammenkunft  
aller im Heim. Die Spieler vergessen die Rollen nicht. Donner-  
stag, 5 Uhr: Treffen am Brausebad. Wir gehen nach der Drei-  
eichen-Wiese spielen.

Gruppe 3 (Obertor). Mittwoch um 6 Uhr findet eine  
wichtige Besprechung in unserem Heim Waterloostraße statt.

Gruppe 4 (Nikolaitor). Mittwoch, 4 1/2 Uhr: Spielen im  
Eichenpark. Freitag, 5 Uhr: Singen in der Schule Lechner  
Straße.

Gruppe 5 (Strehlener Tor). Montag, 4 1/2 Uhr: Treffen zu  
Spiel und Tanz an der Bohrauer, Ecke Lehmgrabenstraße.  
Mittwoch, 5 Uhr: Reigenprobe; 6 Uhr: Zusammenkunft aller  
Kinder in der SW-Barade. Donnerstag, 5 Uhr: Sprechvor-  
probe in der SW-Barade.

Gruppe 7 (Innere Stadt). Montag und Donnerstag,  
5 Uhr: Spiel und Tanz auf dem Feldriedhof. Donnerstag,  
4 1/2 Uhr: Probe der dazu Bestimmten.

Bereitet unter Kinderfreunden in Jauer vor! Spazt alle  
recht tüchtig für die Bahnfahrt!

\* Großes großes Abendessen bei elektrischer Beleuchtung.  
Infolge des anhaltenden Regens am gestrigen Sonntag sah sich  
der Verein für Radrennen gezwungen, das für diesen Tag an-  
geleitete Rennen auf den morgigen Dienstag, den 30. Juni, abends  
7 1/2 Uhr, zu verschieben. Sämtliche Rennen werden mit der  
gleichen Beleuchtung ausgefahren. Die Veranstaltung erhält einen  
besonderen Reiz dadurch, daß sie bei der neugestifteten elek-  
trischen Bahnbeleuchtung vor sich geht. Die für Sonntag ge-  
leisteten Eintrittskarten behalten ihre volle Gültigkeit für diesen  
Renntag.

\* Durchgegangenes Geipaan. Am Sonnabend (27. Juni)  
abends schaute auf der Herdainsstraße ein vor einen leichten Kar-  
wagen gespanntes Pferd eines ländlichen Besitzers, reiste, ohne daß  
es der Kutscher verhindern konnte, die Herdainsstraße entlang, alles  
in wilder Flucht vor sich herjagend, unter das Brückenstrahlentunnel  
hindurch und kam, mit knapper Not einer Kollision mit der  
Straßenbahn entgangen, bei der Einfahrt zum Güterbahnhof  
dadurch zum Fall, daß das Gefährt an einen Baum anstieß.  
Dadurch bei dem heftigen Anprall der Wagen umkippte und dessen  
Insassen, ein Ehepaar und drei kleine Kinder, von dem Wagen  
auf die Straße fielen, wurden diese nicht nur schwer verletzt.  
Nur einer der verletzten Deichsel wies auch der Wagen weiter  
keine Beschädigungen auf, so daß das Fuhrwerk seine Fahrt fort-  
setzen konnte.

wiederholt werden. Es soll versucht werden, nicht nur den Gefang  
eines Vogels, sondern die Unterhaltung zwischen zwei Paar  
Vögeln in das Mikrophon zu bannen. An der Stelle der vorzüglichen  
Aufnahme soll die diesjährige wiederum stattfinden, nämlich im  
Garten von Fräulein Beatrice Harrison, die in Oxted, Surrey,  
wohnt und zwar ist der Beginn der Aufnahme auf halb zwölf  
Uhr nachts festgesetzt. Fräulein Harrison wird keine beginnen auf  
ihrem Cello zu spielen, um die Nachthallen herbeizuladen. Man  
hofft die Mikrophone in der Nähe von zwei Nestern aufstellen zu  
können. Das Nachthallenkonzert soll bis 11 Uhr dauern.

### Sanktions eines russischen Großfürsten in England.

Das Londoner Konturs-Gericht verhandelte gegen den Groß-  
fürsten Andrej von Rußland, den Sohn des Letzters des früheren  
Zaren, Großfürsten Alexander Michailowitsch. Die Schulden des  
Großfürsten Andrej erreichen 15 000 Pfund, denen an Aktien nur  
4 Pfund sechs Schilling 9 Pence gegenüberstehen. Der Großfürst,  
der 1919 Rußland verlassen hatte, lebte bis Anfang 1922 in  
Frankreich, wo er eine Monatsrente von 7000 Francs von seinem  
Vater bezog. Infolge finanzieller Verluste der großfürstlichen  
Familie wurde diese Hilfeleistung eingestellt. Der Großfürst Andrej  
versuchte nun sein Glück in England, wo er in London einen  
mondänen Klub gründete, der nun Schiffbruch gelitten hat.

### Der Flug Moskau—Peking.

Die in Moskau aufgestellten Flugzeuge haben am 24. Juni  
morgens Jekaterinburg erreicht. Mitin sind 5290 Kilometer ohne  
Anfall zurückgelegt worden, wobei die Flugzeuge 32 Stunden ge-  
braucht haben, während ein Schnellzug 5 Tage zur Ueberwindung  
dieser Strecke braucht. Besondere Schwierigkeiten bereitete die  
Ueberwindung des Uralgebirges und der sibirischen Taiga. Die  
es sich erweist, sind die unermesslichen Wälder der Taiga grobes-  
tens durch Nebel verhängt, der durch den Rauch zahlreicher Wäld-  
brände noch dichter wird. Außerdem bereiteten Stöße und Wieder-  
winde den Flugführern große Schwierigkeiten. Die Flugzeuge  
flogen oft 100—150 Meter und wurden so hart hin und her ge-  
worfen, daß die Insassen nur dank ihrer Schiffsbrücken sich auf  
ihren Plätzen halten konnten. In Jekaterinburg, wo die Flieger wie an  
den anderen Orten, an denen sie halt machten, sich ein paar Tage  
auswachen, nahm die Bevölkerung begeistert Anteil an dem Flug-  
unternehmen. Die Weiterfahrt wird über den Baikalsee nach  
Urga—Kalgan—Peking fortgesetzt.



# Sommer-Ausverkauf

**Nur 6 Tage**  
**Schluss:**  
**Donnerstag,**  
**den 2. Juli**



**Preiswerte Kostümröcke**  
 Nr. 1845. Hellgestreifter Frotteestoff mit Feinnetz-Köpfen 3.90  
 Nr. 1846. Einfarbiges dunkelblaues Cheviot mit Fransen und Zierknöpfen 5.10  
 Nr. 1847. Weißer oder dunkelblauer, wollener Cheviot mit Plisséschlitzen 8.75  
 Nr. 1848. Weißblau od. weißschwarz kariertes Wollstoff mit Zierknöpfen 9.50

**Preiswerte Unterröcke**  
 Nr. 1849. Gestreifter Zephyringham 2.50  
 Nr. 1850. Guter Seidenglanz-Satin in beiden Mustern 3.30  
 Nr. 1851. Reines Plüschgewebe, einfarbig in modern. Farben od. Fantasiemustern 9.75

Nr. 238. Mesak aus gutem weissen Wollstoff, weisse mit Hochzeit-Durchbruch, Fältchen und Seidenschleife. Eigenes Fabrikat 3.90

Nr. 570. Mesak aus bestem Schweizer Vollwollstoff, weisse mit Hochzeit-Durchbruch, Fältchen und Seidenschleife 5.10

Nr. 571. Mesak aus bestem Schweizer Vollwollstoff, weisse mit Hochzeit-Durchbruch, Fältchen und Seidenschleife 5.10

Nr. 752. Mädchenkleid aus blau-weiß gestreift. Satin mit Faltenröschchen 9.75  
 Lge. 60 cm

Nr. 753. Mädchenkleid aus einfarbigem Zephyrstoff mit absteck. Garatur. 2.90  
 Lge. 45 cm

Nr. 61. Mädchenkleid aus einfarbigem Zephyrstoff mit absteck. Paspeln. 1.65  
 Lge. 45 cm

Nr. 94. Mädchenkleid aus weissen Vollwollstoff mit absteck. Knöpfen und Seidenschleife 6.50  
 Lge. 60 cm

**ca. 1500 weiße u. bunte Blusen u. Kasaks**  
 aus Volle, Waschkrepp, Wolle, Seide, nur moderne Macharten in bester Verarbeitung  
**20 bis 40 Prozent** unter bisherigen Preisen

**ca. 1000 weiße u. bunte Damen-Kleider**  
 aus Volle, Waschkrepp, Wolle, Seide, nur moderne Macharten in bester Verarbeitung  
**20 bis 40 Prozent** unter bisherigen Preisen

**Kinder-, Mädchen-, Rockfisch- und Knaben-Bekleidung**  
**20 bis 30 Prozent** unter bisherigen Preisen

**Überziehhäutchen, Klimonejähchen, Strickjackets und Strickkostüme sowie Strickwesten und Pullovers für Damen, Herren und Kinder**  
**20 bis 40 Prozent** unter bisherigen Preisen

Nr. 247. Kleid aus kariertem Wollstoff mit Volleknöpfen u. Rüschen 19.75

Nr. 248. Kleid aus kariertem Wollstoff mit Volleknöpfen u. Rüschen 19.75

Nr. 401. Morgenrock aus reinem wollenem buntdrucktem Flanel mit absteck. Garnierung und Zierrüschen 14.75

Nr. 184. Morgenrock aus best. Kunstseidentrikot in modern. Farben, mit absteckenden Aufschlägen u. reicher Seidenschleife 15.50

Nr. 198. Morgenrock aus vorzüglichem Jacquard-Krepp in aparten Mustern und vielen Farben, mit absteckender Hülfskante 16.50

## Leinenhaus Bielschowsky Breslau Nikolaisir. 74/76 Ecke Herrenstr.

**Stadttheater.**  
 Montag 7 1/2 Uhr:  
**„Dreieck in der Hinterwelt“**  
 Dienstag 6 Uhr:  
**Die Dreiecksjäger**  
 von Rührberg  
 Schluß der Spielzeit.

**Vereinigte Theater.**  
 G. m. b. H. 3063  
 Tel. Ring 6774 u. Ring 6700

**Lohe-Theater.**  
 Montag, Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Sechs Personen suchen einen Anker**  
 von Luigi Pirandello.

**Thalia-Theater.**  
 Montag, Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Die heilige Johanna**  
 von Bernhard Shaw  
 zu kleinen Preisen  
 (von 30 Pf. an bis 2 Mk.)

**Schauspielhaus**  
 Operettenbühne  
 Telefon Ring 2545

Montag, abends 8 Uhr:  
**Karl Carl Wellram**  
 u. **Oskar Brandt**  
**„Die Fledermaus“**

Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Karl Carl Wellram**  
 u. **Oskar Brandt**  
**„Clo-Clo“**

Der Schrei nach dem Kinde.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
 Abschied  
 Liu von Lidersdorf:  
**„Der Zigeuner“**

Dienstag u. Mitt. 8 Uhr:  
**Gesamtspektakel**  
 des Wiener  
**Romaner-Theaters**  
**„Hallo! Hallo!“**

Größe, Schönheit, Eleganz, Haltbarkeit, Preis, Qualität.  
**Wollwaren**  
 Ring 45.

**BRESLAUER WELT-BÜHNE**

Friedrich-Wilhelm-Str. 35 (vorm. Marmorhaus).

Neu! Montag, den 29. Juni bis Donnerstag, den 2. Juli Neu!

**Großes Varieté**

**Eröffnungs-Programm!**

Kasseneröffnung 7 Uhr. Beginn 8 Uhr

**Kein Kino!**

Spielleitung: Schlesiener Künstlerring (Vereinigung Schlesiener Bühnen- und Revue-Künstler).

Direktion: Schauberg-Aktion-Gesellschaft

Volkstümliche Eintrittspreise von 30 Pfennig bis 1 Mk.

Nach der Vorstellung: 3063

**Kabarett-Darbietungen**

bei freiem Eintritt und volkstümlichen Preisen für Speisen und Getränke!

**!! Toller Humor!!**

**Stadttheater.**

Vom 2. bis einschl. 16. Juli, abends 8 Uhr:

**Ensemble-Gastspiel**  
 von den besten Künstlern des **Wiener Burgtheaters**

Zur Aufführung gelangen:

2. und 3. Juli: „Die Kinder“  
 4. und 5. Juli: „Jelandas letztes Abenteuer“  
 6. Juli: „Der Weibsterkel“  
 7., 8., 9. Juli: „Der Liebhaber“  
 10. Juli: „Minna von Barnhelm“  
 11. Juli: „Unterwegs“  
 12., 13., 14. Juli: „Mama Nicole“  
 15. und 16. Juli: „Ein unmöglicher Mensch“.

Keine erhöhten Preise, keine Vorverkaufsgelder. Karten zu jeder Vorstellung 8 Tage im voraus an der Theaterkasse, Musikalienhandlung Hoppe und Verkehrs-Büro Barasch.

**Sommerfest**  
 der **„Breslauer Hausfrau“**

Donnerstag, den 2. Juli, nachm. 3 Uhr  
 im Schloßwärdner

**Garten-Konzert** \* \* \* **Kinder-Fest**  
**Groß. hauswirtschaftliche Ausstellung**  
**Bunte Bühne**

**Feuerwerk** **Fackelzug**  
 Freitanz bis 12 Uhr

Karten für Abonnenten: Erwachsene 1 Mk., Kinder 40 Pf.  
 Karten für Nichtabonnenten: Erwachsene 1.25 Mk., Kinder 50 Pf.  
 in der Geschäftsstelle der „Breslauer Hausfrau“, Schweidnitzer Straße 8a, und in den durch Plakate bekannten Papiergeschäften

**Herren- u. Damenräder**  
 auch auf Teilzahlung, gibt ab Fahrrohrhandlung, Breslau, Neumarkt 38 und Schwendfeldstraße 7. 2647

**Böhmische Bettfedern**  
 (höher, geblähtere Daunen)

se. weisse und ganz Daunen, auch Halbdaunen.  
 Ich mache in großer Auswahl eingetragene und eingetragene  
 beste den geprüften Hausfrauen zu. In jedem Falligen  
 Bettfedern. Bitte empfinden ich  
 fertige, federichte und farberichte Bettfedern, in Qualität.

Der Verkauf beginnt am 29. Juni, und geht bis  
 Montag, den 2. Juli, bis Sonntag, den 4. Juli

Fl. Kühlers Nachfolger  
**Rechnungslokal: Ring Nr. 3, im Hof.**

**Genossen**  
 Genossinnen  
 Eure Familien  
 anzeigen der  
 Volkswacht

**„Lachen links!“**  
**Der Witzblatt der Republik**

Halt 20 Pfennige.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht und die Zeitungsverleger.

**St. Hubertus-Festsäle**  
 empfiehlt  
 separat geles. Vereinszimmer u. Saal  
 für Vereine u. Festlichkeiten  
**Sonntag und Dienstag**  
**öffentlicher Tanz**  
**Dienstag verkehrter Ball!**  
 Damen Eintritt und Tanz frei! 3742

**Berufskleidung am Wachtplatz**  
 Friedrich-Wilhelm-Straße 12 (Inh. E. Abraham). Tel. Ring 1724.

Unser **Großer Saison-Ausverkauf**  
 beginnt **Montag, den 29. Juni**  
 Wir geben trotz unserer bekannten, konkurrenzlos billigen Preise auf **alle Sommerbekleidung**  
**Windjacken :: Berufskleidung**  
**10% Extra-Rabatt.**  
 Vorverkauf nach auswärts franko per Nachnahme. 3742





Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Einladungen für die Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag sind im Parteisekretariat zu haben.

Montag, den 29. Juni, Abrechnung sämtlicher Bezirkskassierer der SPD mit den Bezirksführern. Marken mitbringen.

Direkt 16. Heute Montag, abends von 7 Uhr ab, Abrechnung der Bezirkskassierer bei Baude, Mehlgasse 43.

Direkt 20. Heute abend pünktlich 7 Uhr: Abrechnung aller Bezirkskassierer bei Kynast, Enderstraße 23.

Direkt 25. Dienstag, den 30. Juni, müssen sich alle Funktionäre und Komiteemitglieder abends 7 Uhr im Direktionslokal einfinden.

Direkt 40. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr: Wichtige Funktionärversammlung bei Lerche, Hubenstraße 95.

Arbeiter-Bildungsausschuss. Die Sitzung des Arbeiter-Bildungsausschusses findet am Mittwoch, den 1. Juli, bereits um 6 Uhr im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses statt.

S. A. J. Mädchengruppe. Unsere Arbeitsgemeinschaft am Montag beginnt pünktlich 8 Uhr. Wir verkleiden uns also um 8 Uhr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 29. Juni.

Eine deutschnationale Aktion gegen das Reichsbanner.

Die Deutschnationalen verfolgen bekanntlich das System, über jede Veranstaltung des Reichsbanners Taten nachrichten in die Welt zu setzen, um auf diese Weise die Öffentlichkeit gegen die ihnen unbenommen Organisation einzuschleichen.

Derartige politische Aktionen der Deutschnationalen haben natürlich keine Bedeutung. Da sie nicht in der preußischen Regierung sitzen und daher nicht entsprechend ihrem Wunsch die nationaldeutschen Verbände allein das Feld beherrschen und Rabaukenen aufführen, sondern das Reichsbanner keine kraftvollen Demonstrationen in vorbildlicher Ordnung durchführen kann, so toben sie ihren Wut auf dem Papiere aus, das bekanntlich gebuldig ist — auch gegenüber den geistigen Erzeugnissen eines Dulzawitz.

Für Breslau höhere Miete im Juli.

Auf die Nachricht, daß für den Juli dieselbe Miete zu zahlen sei, wie im Juni, schreibt der Magistrat, daß dies zwar im allgemeinen zutrifft, denn der Preussische Wohnungsminister hat unter dem 25. Juni eine Anordnung erlassen, die eine Regelung in dem angegebenen Sinne vorsieht.

Endtermin der Einlösung für die aufgerufenen Reichsbanknoten am 5. Juli 1925.

Umtauschstellen sind sämtliche Reichsbankstellen. Da das Verhältnis 1 Billion Mark = 1 Reichsmark gesetzlich festgelegt ist, können beim Umtausch nur Mengen von wenigstens 10 Milliarden = 1 Reichspennig in Frage. Ein Umtausch von Beträgen unter 10 Milliarden findet nicht statt.

Neue Fürsorgemaßnahmen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte beteiligt sich in Zukunft an der Fürsorge für tuberkulöse, tuberkulosegefährdete und wachstümliche Waisenrentenempfänger ihres Versicherungskreises. Die Beteiligung erfolgt dergestalt, daß die Reichsversicherungsanstalt den bereits bestehenden Behörden und Fürsorgeorganisationen, die sich die Versorgung von Kindern in Heilanstalten usw. zur Aufgabe gemacht haben, zur Unterstützung der Kosten des einzelnen Heilverfahrens Zuschüsse gewährt, deren Höhe nach Lage des Einzelfalles verschieden bemessen wird.

Die Gewährung des Zuschusses ist davon abhängig, daß ärztliche Behandlung der Waisenrentenempfänger während ihres Aufenthaltes in Heilanstalt ist, und daß über den Erfolg des Kurverlaufes ein kurzer ärztlicher Bericht eingeholt wird. Für Waisenrentenempfänger unter 6 und 15 Jahren wird der Zuschuß nur in Ausnahmefällen gewährt; bei nicht mehr schulpflichtigen ist ferner der Beruf anzugeben.

Die erforderlichen Auskünfte erteilen die Vertrauensmänner und die Geschäftsstelle des Ortsausschusses, Breslau I, Gärtnersstraße 30, Montag, Mittwoch und Freitag von 11 bis 1 Uhr.

Kommunale Besteuerung des Radio.

Anlässlich der Beratungen über den Haushalt der Stadt Breslau wurde von deutschnationaler Seite allen Erstes der Vorschlag gemacht, auf die Anlegung eines Radioapparates von der Gemeinde aus eine Steuer zu legen. Es wurde vorgeschlagen, denselben Satz zu erheben, den die Reichspost ihrerseits zur Deckung der Ausgaben der Sendestationen für sich im Anspruch nimmt, das heißt 2 Mark monatlich oder 24 Mark jährlich. Nach

den Erklärungen der Steuerbeamten ständen der Einführung einer solchen Gemeindesteuer rechtliche Bedenken nicht entgegen. Erfreuterweise wurde mit großer Majorität eine Resolution abgelehnt, die die Steuerverwaltung auffordert, die Möglichkeiten der Einführung einer solchen neuen Gemeindesteuer vorzubereiten zu prüfen. Aber es zeigte sich bei den bürgerlichen Parteien eine unverkennbare Bereitwilligkeit, diesem Vorschlag näher zu treten.

Es erließ eine Besteuerung des Radios bisher bereits, wenn auch nur in ganz geringem Umfang. Die Vergütungssteuerordnung sieht vor, daß Radio-Sprechern in öffentlichen Gaststätten, die zum Zweck der Tanz- und Unterhaltungsmusik für das Publikum aufgestellt werden, zur Vergütungssteuer herangezogen werden. Dagegen wird ernsthaft von keiner Seite eine Einwendung erhoben werden können. Etwas ganz anderes wäre es aber, wenn man allgemein jeden Teilnehmer des Rundfunks steuerlich belasten wollte. Der Rundfunk ist heute keineswegs mehr eine Luxusfrage. Gerade in der Arbeiterschaft ist die Teilnahme am Rundfunk sehr weit verbreitet. Sehr viele Arbeiter sind verhältnismäßig in der Lage, mit geringen Kosten sich eine Empfangsanlage selbst herzustellen. Viele Kreise werden durch die von der Post erhobene monatliche Gebühr von 2 Mark erheblich belastet. Da aber diese Gebühr tatsächlich

Funktionäre der Partei

Der Abgeordnete der tschechoslowakischen Republik Gen. Hans Joff-Troppau spricht Mittwoch Abend im „Zentralballsaal“. Alle in der Arbeiterbewegung tätigen Funktionäre, besonders alle zum Funktionärkörper der Partei gehörenden Parteigenossen müssen unbedingt erscheinen.

lediglich der Unterhaltung und dem Ausbau der Sendestationen dient, so können rechtliche Bedenken gegen sie nicht vorgebracht werden. Würde diese Gebühr durch eine kommunale Sondersteuer verdoppelt, dann würde die Benutzung des Radios der Arbeiterschaft außerordentlich erschwert. Eine solche Steuer wäre direkt kulturfeindlich und muß auf das entschiedenste bekämpft werden. Wenn selbst in einer Stadt wie Berlin 4 Millionen einkommen, so könnte selbst dieser erhebliche Betrag niemals eine solche kulturfeindliche Steuer rechtfertigen, im Gegenteil, die Gemeinden hätten umgekehrt die Aufgabe, von sich aus die Verbreitung des Radios mit allen Mitteln zu fördern. Sowohl in den Schulen wie in den von den gemeindlichen Volksschulungs- und anderen organisierten Veranstaltungen läßt sich auf diesem Gebiet außerordentlich viel tun. Das Radio darf unter keinen Umständen dazu dienen, der Steuerlosen bürgerlicher Parteien Vorwand zu leisten.

Gegen den Rindfleisch!

Gegen den Polizeibeamten Friedrich Wichmann aus Breslau war von einer Sittenwache die überaus schwere Anschuldigung erhoben worden, daß Wichmann sich an ihr in einem Nebenraum der Polizeiwache, auf die sie aus irgendeinem Anlaß gebracht worden war, unzüchlich verhalten habe. Das Große Schöffengericht hat daraufhin auch den Angeklagten, obgleich es sich den Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit der Zeugin nicht verschließen für schuldig befunden und ihn zu der strengen Strafe von acht Monaten Gefängnis verurteilt, obgleich Wichmann selbstverständlich noch nicht verurteilt war und sich dienstlich immer einwandfrei geführt hatte.

In der Berufungssitzung wurde auf Antrag des Verteidigers, Genossen Rechtsanwalt Bandmann, die gesamte Beweisaufnahme erster Instanz wiederholt und außerdem ein Vorgesetzter des Wichmann als Leumundzeuge vernommen. Die nochmalige Beweisaufnahme, besonders die Befragungen der übrigen Beamten, die auf der Wache mit anwesend gewesen waren, ergaben ein völlig verändertes Bild und außerdem wurde dem Angeklagten von seinem Vorgesetzten und seinen Kollegen ein derart günstiges Leumundzeugnis ausgestellt, daß der Staatsanwalt sich selbst für die Aufhebung des ersten Urteils und Freisprechung des Angeklagten ansetzte. Diesen übereinstimmenden Anträgen entsprach auch das Gericht nach einer Beratung von nur wenigen Minuten.

Wichmann, der auf Kündigung bei der Schutzpolizei angestellt war, ist feinerzeit auf Grund dieser Vorgänge entlassen worden. Er wird selbstverständlich sofort seine WiederEinstellung in den Dienst betreiben.

Deutschnationaler Dummenfang.

Vor einigen Tagen erschien bei einer Arbeiterfamilie auf der Klosterstraße eine Dame, um für die Deutschnationale Partei zu werben. In großzügigen Versprechungen ließ sie es dabei natürlich nicht fehlen; so sollte es zu Weihnachtsgeschenken, Besoldungszulagen usw. geben. Ueberhaupt wies sie auf die Vorzüge der Deutschnationalen Partei hin, ohne sie aber weiter zu detaillieren. Wer weiß, wie die Deutschnationale Partei Versprechungen zu halten pflegt, versteht solche Manöver. Aus den Versprechungen zur Aufwertung werden Versprechungen auf mitre Gaben zu Weihnacht. Weiter sprach die Dame davon, daß doch die Arbeiter von den Reichern leben! Sie selbst wäre auch eine „von“. Anscheinend glaubte sie hiermit Eindruck auf die Arbeiterfamilie machen zu können, so als ob man es sich als Ehre anrechnen könnte, der Deutschnationalen Partei anzugehören. Es gehört wirklich eine Portion Frechheit dazu, zu behaupten, daß die Arbeiter von den Reichern leben! Leben die Arbeiter überhaupt ein menschenwürdiges Leben? Unter frustrierender Ausnutzung des Proletariats durch niedrige Löhne usw. bereichert sich das Unternehmertum durch den Arbeiter und lebt von ihm. Wie sehr die Rechtspartheien nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind, ohne jedes Empfinden für Arbeiter und Mittelstand, beweist die Zollvorlage. — Von der Arbeiter-

Die Sparbüchse ist der Anfang!

Gewöhnen Sie Ihr Kind zur Sparsamkeit und legen Sie ihm ein Konto auf der Sparkasse an. Es wird Ihnen dafür dankbar sein, denn: Fröhlich gewohnt, alt getan! Städtische Sparkasse zu Breslau.

familie erhielt die deutschnationale Werberin die Antwort, die ein Arbeiter nur geben kann: „Die einzige Partei, die uns helfen kann, ist die Sozialdemokratische Partei!“

Eine Grußworte.

Wenn man der „Arbeiterzeitung“ glauben kann, hat Herr Grußwirth, der „Chefredakteur“ der „Tribüne“, eines in Breslau erscheinenden und an ewigem Dalles leidenden Wochenblattes, eine öffentliche Versammlung für eine neue sogenannte revolutionäre sozialistische Partei abhalten wollen. Die Kommunisten behaupten nun, daß sie ihm das verweigert hätten. Das braucht kein Kunststück gewesen zu sein, denn nach ihren Angaben war der „Pund revolutionärer Sozialisten“ einschließlich Referenten acht Mann hoch in den Zentral-Bahnhallen erschienen. Der plötzlich wieder so revolutionäre Herr Grußwirth, dem man sonst den Bourgeois schon auf einen Kilometer Entfernung ansieht, hat, so glauben wir, den Jörn der Kommunisten gewiß nicht allein aus der Erinnerung an frühere innige Freundschaft entfaßt. Sie sind offenbar auch der Ansicht, daß eine „Partei des Unsinns“, wie die ihre vor allem für Breslau völlig hinreichend ist. Und da haben sie ausnahmsweise einmal recht.

Grußwirth muß also nach wie vor die politische Kluft in der „Tribüne“ bleiben. Aber er mag sich trösten. Auch sonst ist er noch nie mehr als eine solche gewesen.

Steuererleichterung für Kriegsbeschädigte.

Das Reichsfinanzministerium hat sich auf Anregung des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerverwundener e. V., Sitz Berlin, bereit erklärt, eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens auch denjenigen Kriegsbeschädigten zuzubilligen, deren Erwerbsminderung auf 25 v. H. im Rentenbehalte festgesetzt ist. Auf Antrag wird ohne näheren Nachweis der höheren Werbungskosten eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages um 25 v. H. zugestimmt. Bisher lagte die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages erst bei einer Erwerbsminderung um 30 v. H. ein.

Vom Lebensmittelmarkt.

Die Lebensmittelpreise steigen von Woche zu Woche. Fast ist es dieser, daß ist es jener Artikel, dessen Preis erheblich in die Höhe geklettert wird. Immer aber sind es unsere Landesprodukte, die den weitaus größten Sprung tun. Die Hoffnung auf billigere Butter ist nun wieder für längere Zeit darüber. Für kleinste Molkereibutter fordert man jetzt den hohen Preis von 2,10 und 2,20 Mark. Landbutter kostet 1,80 und 1,90 Mark und dänische Ware 2,40 Mark das Pfund. Für ein Ei zahlt man jetzt in der Regel 11 Pf. Der Preis von 10 Pf. ist eine Ausnahme. Auch Zucker weist nun einen Pfundpreis von 31 bis 34 Pf. auf. Ganz besonders wird auch die Leuerung der verschiedenen Fleischsorten empfinden. Das billigste Rindfleisch kostet 90 Pf. das Pfund, die besseren Stücke 1,25 bis 1,35 Mark. Etwas billiger wurde das Schweinefleisch, das nun einen Pfundpreis von 1,— Mark bis hinauf zu 1,60 Mark aufweist. Das Pfund Hammelfleisch kostet 90 Pf. bis 1,30 Mark. Kalbfleisch 1,— Mark und mehr. Für frischen Speck und Lungenjezt zahlt man 1,20 Mark für das Pfund. Die Wild- und Geflügelhandlungen haben eine reiche Auswahl; doch ist das Geflügel für den Arbeiterhaushalt viel zu teuer. In Reichleisch gibt es Kalbfleisch, das Pfund zu 30 und 40 Pf. Die Rebhähner, haben einen Pfundpreis von 1,30 und 1,40 Mark, und Kücken einen solchen von 1,50 Mark bis 2,— Mark.

Am billigsten kann man sich noch immer in den Fischgeschäften versorgen und wenn man darauf achtet, daß man frische Fische bekommt, so sind sie auch in der jetzigen Jahreszeit wohlmedien und bekömmlich. Die geschlagenen Karpfische wurden eine Kleinigkeit billiger. Der Gemüsemarkt bietet gesunde, kräftige Ware an. Neben den großen Mengen festiger Herrrüben sind es besonders Mohrrüben, die nun in reichlichem Maße angeboten werden. Zwei Bündchen kosten 15 Pf. Für Schoten zahlt man 40 Pf. für das Pfund. Der Spargel wird schon knapp, deshalb ist er recht teuer; sein Pfundpreis ist 1,20 bis 1,60 Mark. Das Pfund Bitterlinge wird zu 80 Pf. und 1,— Mark angeboten. Auch das erste Weißkraut ist bereits da. Billiger werden die grünen Gurken, ihr Pfundpreis ist 25 bis 40 Pf. Grüne Bohnen haben noch Liebhaberpreise. Zu den holländischen Tomaten gesellten sich nun die hiesigen, die zu einem Pfundpreis von 40 bis 60 Pf. verkauft wurden. Die holländischen, die wohl schöner aussehen, aber nicht immer besser sind, kosten 1,40 bis 1,60 Mark das Pfund.

Auf dem Obstmarkt findet sich nun fast allmählich etwas Neues ein. Gegenwärtig kommen die ersten Himbeeren, die einen Pfundpreis von 80 Pf. haben und die ersten Johannisbeeren zum Pfundpreis von 45 Pf. an. Blaubeeren laufen man für 25 bis 35 Pf. das Pfund, Waldbeeren kosten 1,— Mark bis 1,40 Mark, und die letzten Gartenerdbeeren 1,40 und 1,50 Mark das Pfund. In Kirichen hat man nun schon eine große Auswahl; für gute, fleischige Ware muß man noch immer 35 und 40 Pf. für das Pfund zahlen. Das Pfund kleine Kirichen kostet 15 Pf. Vorzüglich sind gegenwärtig die Bananen, die für 10 bis 20 Pf. das Stück verkauft werden.

Auf dem Blumenmarkt sind jetzt Festschmücken, Wägen und Federnecken Massenartikel.

Veränderungen im Eisenbahnverkehr. Der Personenzug W. 1718 wird vom 1. Juli 1925 ab wie folgt verlegt: Breslau Freib. Bf. ab 4,31, Klein-Noghorn 4,38, Mariachöfen 4,43, Neukirch 4,49, Deutsch-Wilja ar 4,55.

Der Bezirksausschuss hat während der Zeit vom 21. Juli bis 1. September Ferien. Während derselben dürfen Termine zur mündlichen Verhandlung der Rega nach nur in seltenen Fällen abgehalten werden. Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß.

Die Zahlung der Nebengebührensätze für den Monat Juli an die früheren Angehörigen der alten Wehrmacht und deren Hinterbliebenen, der Reichswehr und der Dienstzeitnehmer findet am Dienstag, den 30. Juni 1925 beim Versorgungsamt Breslau von 9 bis 1 Uhr vormittags im Zimmer 47, 2. Stock der Bürgerwerberkassette, 6., statt.

Ein Sommerfest (verbunden mit Kinderfest) veranstaltet die Breslauer Hausfrau am Donnerstag, den 2. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Schickwörder. Neben dem Gartenfester Kinderbeschäftigungen aller Art, einem Feuerwerk mit anschließendem Fackelzug wird im Saal eine bunte Bühne errichtet, für welche Käthe Habel-Reimers und Alfred Habel mit lustigen Vorträgen, Friedel und Emma Herion mit Solotänzen verpflichtet worden sind. Eine große hauswirtschaftliche Ausstellung wird von zahlreichen Firmen besichtigt. Im Saal findet bis zum Schluß der Veranstaltung Frei-Tanz statt.

Ein Schreibfehler war in unserer Mitteilung vom Freitag bezüglich des Flaggenschwändels Silberbrandstrafe 28 enthalten. Frau Schüle bezieht nicht Witwenrente, sondern Waisenrente für ihre Kinder.

Immer Festungen zu der Zeitlinie verläuft der Vorkriegs-Gesetz B. Reichsrecht 22, einen Selbstmord. Es wurde jedoch noch rechtzeitig bemerkt und man hoffte ihn, nach im bewußten Zustande nach der Normalität Einheimische.



# Gewerkschaftsbewegung.

## Friede im Holzgewerbe.

Bei den am 26. und 27. Juni im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes im Holzgewerbe Deutschlands wurde von 15 zur Verhandlung stehenden Bezirken für 13 Bezirke eine Verständigung erzielt und zwar in direkten Verhandlungen zwischen den Parteien, also ohne Zutritt von Unparteiischen. Auch für Schlesien ist damit der Kampf, der von den Holzarbeitern aufrechterhalten wurde, durch unterzeichnete Vereinbarungen der beiderseitigen Bezirksvertreter zu Ende geführt und dürfte die Aufnahme der Arbeit Mitte dieser Woche erfolgen. Einzigste Ausnahme ist für Mecklenburg, der 2. Juni, festgelegt. Für zwei Bezirke, Thüringen und Schleswig-Holstein, haben die Arbeitgebervertreter den Vorschlag der zentralen Verhandlungskommission abgelehnt. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die übrigen 13 Bezirke deshalb die getroffenen Vereinbarungen nicht annehmen würden. Näheres über den Verlauf des Kampfes, der für die Holzarbeiter einen vollen Erfolg bedeutet, erfolgt in den nächsten Tagen.

## Die Eisenbahner kündigen den Lohnvertrag.

Der Deutsche Eisenbahnerverband wird sich schon in den nächsten Tagen mit einer Kündigung des Lohnvertrages beschäftigen. Bekanntlich brachte der Schiedspruch vom 13. März nur eine Erhöhung der Arbeiterlöhne um 3 Pfg. Die Eisenbahner haben sich damals mit dem größten Widerstreben der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs gefügt. Es besteht also für die Eisenbahnerorganisation geradezu die Verpflichtung, zum nächstmöglichen Termin, d. h. ab 30. Juni zum 1. Juli, den Lohnvertrag zu kündigen. Es kommt hinzu, daß die kaum nennenswerte Lohnerhöhung von März in der Zwischenzeit durch die Preissteigerung mehr als überholt ist.

Die vor einigen Tagen erfolgte Rücktrittserklärung des bisherigen Personalreferenten der Reichsbahn, Ministerialdirektor Hübner trägt natürlich zur Erleichterung der dringend notwendigen Neuregelung der Eisenbahnerlöhne nicht bei. Wohl dementiert man, daß als Nachfolger Hübners der auf dem anderen Pol stehende Abbauminister der Reichsbahn, Herr Koler, in Betracht kommt. Immerhin ist ja ausreichend bekannt, weher bei der Reichsbahnverwaltung seit ihrer Umgestaltung der Wind weht. Angesichts des neuen, schwerindustriell orientierten Aufwandes der Bahnverwaltung, die gefügt auf die Praktiken des Reichsfinanzministeriums Schließen, sich daran gewöhnt hat, sowohl in der Abbauals in der Beförderung von Arbeiter und Beamte gegeneinander auszuspielen, ist die Lösung auf der Kölner Tagung beschlossene Einigung zwischen der Reichsgewerkschaft und dem DVE, zur Schaffung einer „Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands“ von ganz besonderer Bedeutung.

## Internationaler Eisenbahnerkongress.

Seit 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Vom 29. Juni bis 2. Juli findet in Bologna ein internationaler Eisenbahnerkongress statt. 75 Delegierte, für 121 Staaten vertreten, sind zugegen.

## Scheiterte Verhandlungen in der Binnenindustrie.

Die Verhandlungen mit den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer für die Elbe, Oder und mittelfränkischen Wasserläufe sind gescheitert. Die Unternehmer lehnten jede Lohnerhöhung ab, obwohl die Löhne in der Binnenindustrie bei langer Arbeitslosigkeit sehr niedrig sind. Die Arbeiterorganisationen verteilten bereits Flugblätter, in denen sie auf den Ernst der Lage aufmerksam machen. Ein Kampf in den oben genannten Stromläufen scheint unvermeidlich.

## Erfolg ausgeperrter Löhner.

Seit elf Wochen sind die Kohlenarbeiter Deutschlands ausgeperrt, weil sie eine Erhöhung ihrer Löhne, die Regelung der Arbeitsfrage und der Arbeitszeit forderten. Jetzt ist der Kampf mit Annahme ihrer wesentlichen Forderungen durch die Unternehmer zum Abschluß gekommen, nachdem ein am Anfang dieser Woche geführter Schiedspruch noch abgelehnt wurde. Die neuen Verhandlungen hatten folgendes Ergebnis: Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden wöchentlich, die Arbeitslöhne werden um 6 bis 8 Prozent und die allgemeinen Löhne um 15 bis 20 Prozent erhöht. Auf je 40 Arbeitstage kommt ein Ferienstag. Das ist die zweite Ausperrung, die in dieser Woche mit einem Erfolg der Ausgeperrten endete.

## Ein Einblick in die Lohnverhältnisse der Fortarbeiter.

Über die Lohnverhältnisse der Fortarbeiter ist genau wie über die der Landarbeiter recht viel Unklarheit verbreitet. Viele Leute bilden sich ein, man könne die Fortarbeiter bedenkenlos zu der Gruppe der gut bezahlten Arbeiter rechnen. Daß diese Annahme jeder Berechtigung entbehrt, zeigt eine Aufstellung, die jetzt vom Deutschen Landarbeiter-Verband über die Stundenlöhne der jeweiligen Fortarbeiter Ende April 1925 veröffentlicht wird. Wir entnehmen der Aufstellung folgende Angaben:

Brüchen	43	42	41	40	39	38	37	36	35	34
Berlin	45	44	43	42	41	40	39	38	37	36
Wittenberg	57	57	56	55	54	53	52	51	50	49
Baden	57	56	55	54	53	52	51	50	49	48
Wiesbaden	52	51	50	49	48	47	46	45	44	43
Essen	45	44	43	42	41	40	39	38	37	36
Thüringen	44	43	42	41	40	39	38	37	36	35
Göppingen	50	49	48	47	46	45	44	43	42	41
Sachsen (Hauptstadt)	55	54	53	52	51	50	49	48	47	46
Sachsen (Hauptstadt)	46	45	44	43	42	41	40	39	38	37
Schwarzburg-Dirpe	56	55	54	53	52	51	50	49	48	47
Oldenburg	42	41	40	39	38	37	36	35	34	33
West-Preußen	32	31	30	29	28	27	26	25	24	23
West-Schlesien	42	41	40	39	38	37	36	35	34	33

Dieser Aufstellung betrug Ende April der höchste in deutschen Fortarbeiten größte Stundenlohn 57 Pf. Für den Tag ergibt das unter Zugrundelegung einer achtstündigen Arbeitszeit 456 Mark, für die Woche 2736 Mark. Ein solcher Lohn ist natürlich nicht besonders erheblich, wenn man bedenkt, wie schwer, entsetzend und in mancher Beziehung auch hoffnungslos die Arbeit ist, die von den Fortarbeitern verrichtet werden muß. Es wird noch großer Aufregungen der Organisations- und viel Kampf der Fortarbeiter bedürfen, bis auch bei der Festlegung der Fortarbeiter Löhne eine wirkliche Gleichheit erzielt ist.

## Gewerkschaftsversammlung in Berlin.

Berlin, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der letzten der Gewerkschaftsversammlung in Berlin über die Gewerkschaften im Reich wurde am 24. Juni ein Antrag angenommen, in dem es heißt: „Die Gewerkschaften im Reich sind in der Lage, sich zu vereinigen, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten.“

Organisation zu stärken. Angenommen wurde ein Antrag, der Herausgabe einer sozialpolitischen Zeitschrift verlangt. Die Entscheidung über den Referent dem Verbandstag für Sozialpolitik vorzulegen, sich ebenfalls einstimmig Annahme. Es folgte ein Vortrag des Hauptvorstandsmitgliedes Bramm-Berlin über die Lebenshaltungskosten und die Lebenshaltungskosten. Der Referent weist nach, daß von Juni 1924 bis März 1925 die Lebenshaltungskosten um 25 Prozent, die Löhne aber nur um 15,8 Prozent stiegen. Selbst der berufsmäßige Minister von Schlieffen habe anerkennen müssen, daß die Löhne der Eisenbahner vollkommen unzureichend seien. Der Redner beschloß sich dann mit dem Personalrat, das sehr abänderungsbedürftig sei. Leider seien die Eisenbahner nicht genügend im Parlament vertreten, um hier ihren Einfluß geltend zu machen. Eine Entschädigung, den streikenden Chinesen die Sympathie auszudrücken, wird einstimmig angenommen.

Am Freitag morgen nimmt der Verbandstag zunächst die Wahl der Delegierten zum Breslauer Gewerkschaftskongress vor. Mit großer Mehrheit werden die Kandidaten in der Weise verteilt, daß drei dem Vorstand, vier den Bezirksleitungen und acht den Bezirken zugeteilt werden. Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen, die sich meist mit statistischen Fragen beschäftigen, wählte der Verbandstag eine viergliedrige Kommission, die mit den Vertretern der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnen, die seit Donnerstag ebenfalls in Köln tagt, über die Verschmelzung der beiden Organisationen beraten sollen. Die Verhandlungen wurden dann unterbrochen.

Bei Wiedereröffnung der Verhandlungen gibt Gallenberg vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund die Erklärung ab, daß der Beschluß zur Vereinigung der beiden Organisationen zu einer großen Einheitsorganisation von der Reichsgewerkschaft einstimmig gefaßt worden sei. Grundrührliche Schwierigkeiten seien nicht mehr vorhanden. Nur berate die Reichsgewerkschaft gegenwärtig noch über Personalfragen. Man hoffe jedoch, auch darüber zu einer schnellen Einigung mit dem Deutschen Eisenbahnerverband zu kommen. Am Samstagmorgen 9 Uhr soll dann die gemeinsame Tagung der neuen Einheitsorganisation stattfinden.

## 18. Verbandstag der Lederarbeiter.

Hamburg, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die in nicht-öffentlicher Sitzung erfolgte Stellungnahme zur Lohn- und Tarifpolitik des Verbandes fand ihren Niederschlag in nachstehender Entschließung, die am Freitag nachmittag im ersten Satz gegen wenige Stimmen der Opposition, in allen übrigen Sätzen einstimmig zur Annahme gelangte:

Der Verbandstag ist mit der bisherigen Tarif- und Zentralvorarbeit in der Lohn- und Tarifpolitik einverstanden. Bei allen künftigen Verhandlungen ist neben der Erteilung auskömmlicher Löhne der fortschrittlichen Ausgestaltung der Tarifverträge und der Erhaltung der achtstündigen Arbeitswoche besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Pflicht und Aufgabe aller Verbandsmitglieder ist es, die Aktionsfähigkeit und Schlagkraft des Verbandes tatkräftig zu fördern durch intensive Mitarbeit unter den der Organisation fernstehenden sowie durch Beschaffung ausreichender Verbandbeiträge, um die Durchführung der an uns herantrahenden Lohn- und Tarifkämpfe zu ermöglichen. Nur einer schlagkräftigen und finanziell gutbedienten Organisation, deren Mitglieder von Ueberzeugungstreue und Opferwilligkeit durchdrungen sind und denen die Erhaltung der Einigkeit und die Einhaltung der Gewerkschaftsdisziplin über alles geht, wird es möglich sein, die Interessen der Arbeiterschaft in dieser Beziehung erfolgreich wahrnehmen zu können.

Einstimmig angenommen wurde ferner eine Entschließung, in der gegen das Beharren der Technischen Räte und gegen ihr Eingreifen in Wirtschaftskämpfe protestiert wird. Außerdem verabschiedete der Verbandstag eine Resolution, die eine gleichmäßige Finanzierung aller politischen Gewerkschaften und daher eine Abänderung des jetzigen Gesetzesentwurfes der Regierung fordert.

Dann wurde die Tagesordnung der Statutenberatung zur In der Aussprache, die sich über den ganzen Freitagabendmittag und Abend ausdehnte, wurden die von der Statutenberatungskommission vorgelegten Entwürfe entgegengenommen. Der Vorschlag der Kommission auf einseitige Einführung der Inzidenzunterstützung wurde, nachdem Richter-Kaumann, Lohje-Zentralvorstand, Kaffner Rod und Kurzmann-Bertram dafür, Hübner-Regelungen und Schneider-Erlingen dagegen gesprochen, mit großer Mehrheit angenommen. Eine längere Debatte entfiel, die Neuregelung des Verbandsbeitrages. Er wurde schließlich wie folgt festgelegt: Für Lehrlinge und in Ausnahmefällen für Handarbeiterinnen 20 Pf. pro Woche, für männliche und weibliche Mitglieder unter 17 Jahren und Hausarbeiterinnen 30 Pf., für weibliche Mitglieder über 17 Jahre 40 und 50 Pf., für männliche Mitglieder über 17 Jahre 70 Pf., 50, 100, 120 und 150 Pf. Nach eingehender Aussprache werden dann noch die Anträge, die sich mit den Einzelverträgen der verschiedenen Unterabteilungen betreffen, erledigt.

In später Abendstunde wurde die Sitzung auf Sonnabend vertagt. Wie aus dem Verbandstag auf Grund einer Meldung aus Thüringen mitgeteilt wurde, haben die gesamten Thüringer Lederarbeiter die Kündigung gegen ihre Belegschaften ausgesprochen. In Frage kommen etwa 2000 Lederarbeiter.

## Petitionsrat und Disziplinarverfahren.

Seit Beharren des Reichsbeamtengesetzes, also seit mehr als fünfzig Jahren, ist noch niemals ein Urteil gefällt worden, das unter der Voraussetzung solches Ansehens errät hat und das so für den Petitionsrat die Gründe anführt, die dem Verwaltungssystem entgegenstehen, wie das Urteil im Fall Zeule, das die Reichsdisziplinar-Kammer Berlin als Berufungsinstanz gefällt hat und hiermit übergeben ist.

Der unmittelbare Anlaß zu diesem Disziplinarverfahren, das drei Jahre hindurch die Behörde, die gesamte Beamtenkammer und die Disziplinar-Kammer beschäftigt hat und das für die obersten Behörden einen so fatalen, mehr als peinlichen Ausgang genommen hat, war kein weltbekanntes Vergehen, sondern der für ein solches Fall, daß ein nicht beförderter Beamter sich zu übergeben ist.

Der Generalinspektor Zeule, Berlin NW, Silesienstraße 10, bezügelte sich nicht bei dem Behörde seiner vorgesetzten Behörde, daß er einseitig sich zur Behörde geäußert hat, sondern sagte die Gründe für die ablehnende Haltung der Behörde zu erörtern. In dem Jenseitigen er die Gewerkschaften zur Kenntnis in seine Petitionskammer, die ihm auch gemeldet wurde. Einmalig erzielte die Petitionskammer nichts, was Aufschluß über seine Handlungsweise gegeben hätte. Aber ein günstiger Zufall ergab es, daß Zeule unabsichtlich das ganze, seine Angelegenheit behandelnde Material, das jedoch vom Ministerium zurückgegeben war, vorgelegt wurde, und unter diesen Umständen er verzeihbare aufschreiende Schriftsätze, die sich mit seiner Person beschäftigten, die aber nicht in die Petitionskammer gelangten.

Die Zeule auf unabsichtliche und schriftliche Beschlüsse bei der Behörde die Gründe für seine Handlungsweise nicht erfuhr, wurde er sich an den Justizrat Dr. Görres, der seinerseits des Landesparlamentes um mündliche oder schriftliche Auskunft in der Sache ersuchte, aber überhaupt keine Antwort geschickte. Schließlich erhielt Zeule in seiner Sache einen sehr empfindlichen Hinweis auf die dem Reichsdisziplinar-Kammer, der in die Sache des Reichsdisziplinar-Kammer Dr. Zeule gelangte. Darauf wurde durch Verfügung vom 25. Juli 1925 das Disziplinarverfahren gegen Zeule eingestellt und er von dem Justizrat entlassen. Es ist noch zu erwähnen, daß Zeule wurde die Landesparlamentes am 27. März 1925 nicht aufgegeben, Zeule ist also seit 3 Jahren mit gerechtem Gehalt außer Dienst gewesen. Der vom Reichsdisziplinar-Kammer beschickte Brief, der nur für die Reichsdisziplinar-Kammer, nicht aber für den Justizrat be-

stimmt war, enthielt zwar sehr scharfe Ausdrücke und äußerst beleidigende Vorwürfe gegen hohe Verwaltungsbeamte, seine sachlichen Behauptungen aber waren wahr. Deshalb erliefte auch der damalige Reichsdisziplinar-Kammerpräsident Waltraud durch zwei Schreiben vom 28. Juli 1924 und vom 19. August 1924 den damaligen Reichsfinanzminister Dr. Lohse um Einstellung des Verfahrens — leider ohne Erfolg. Das Reichsgericht wertete die Angelegenheit zur Entscheidung an die Disziplinar-Kammer Berlin I. Der Urteilspruch, an dem drei hervorragende Richter des Kammergerichts teilnahmen, lautete auf eine Geldstrafe von 50 Mark gegen Zeule wegen der für einen Beamten ungebührlichen Form des Briefes an die Präsidenten, es wird aber an mehreren Stellen des umfangreichen und hoch bedeutsamen Urteils wiederholt ausgesprochen, daß das Unrecht, das Zeule durch die Briefe zugefügt wurde, schwerer ist als das, welches er begangen hat.

Wörtlich heißt es im Urteil:

Dem Angeklagten ist demnach durch seine Dienstver-

sehen Unrecht zugefügt worden, als

a) die Zustellung eines Rechtsanwalts vom dem Landes-

finanzamtspräsidenten Heintze als unzulässig erklärt worden ist,

b) der Rechtsanwalt Dr. Görres vom Landesfinanzamts-

präsidenten Heintze nicht mit der ihm gebührenden Achtung be-

handelt worden ist,

c) aus der Zustellung des Rechtsanwalts Dr. Görres vom dem Landesfinanzamtspräsidenten Heintze die Beförderungs-

fähigkeit des Angeklagten verneint worden ist,

d) der Reichsminister der Finanzen gelegentlich seines Er-

lasses vom 9. März 1922 dieses Verhalten des Landesfinanz-

amtspräsidenten Heintze nicht missbilligt hat,

e) der Beförderungsbericht vom 22. November 1921, der be-

stimmigt und geeignet war, die dienstliche Zukunft des Ange-

klagten zu verzweifeln, von vornherein nicht wenigstens ab-

schriftlich zu den Personalakten des Angeklagten genommen

worden ist, jedoch für den Angeklagten die Lage entlastend,

daß ihm hinter seinem Rücken durch ein ihm unbekanntes Ver-

urteil das Vorwärtskommen abgeschnitten wurde,

f) eine derartige Anordnung nicht durch den Erlaß vom

9. März 1922 verfügt worden ist,

g) der Erlaß vom 9. März 1922 die Tatsache verschweigt,

daß der Bericht vom 22. November 1921 ein Werturteil enthält.

Man wird annehmen dürfen, daß dieses Urteil schwerer

wiegender Folgen für die verantwortlichen hohen Beamten

und für das zukünftige Verfahren bei den Verwaltungen haben

dürfte.

## Rino im Bergwerk.

Eine Bergwerksgesellschaft im Staate Minnesota, U. S. A., hat für ihre Arbeiter ein Tischspielcasino in einer Tiefe von etwa 60 Meter unter dem Meeresspiegel errichten lassen. Zweck der Uebung ist nicht nur die Unterhaltung der Bergwerksarbeiter, sondern ein höchst lebendiger Anziehungspunkt für die neuesten Erzeugnisse auf dem Gebiete der Reizungsmittel, die im Falle einer Bergwerkskatastrophe für die unter Tage befindlichen in Frage kommen. Das unterirdische Rino hat einen Saalraum für zweiundert Menschen, ist mit modernen Bequemlichkeiten ausgestattet, hat einen besonderen Orchesterraum, mehrere Ausgänge und Wasserleitung. Die ganze Einrichtung geht von der öffentlichen Wohlfahrtsorganisation aus. Über warum baut man das Rino nicht über Tage?

## Breslauer Ortsartikel.

In der letzten Sitzung des Breslauer Ortsartikels sprach Landesleiter Genosse Wierlich über die Aufgaben und Ziele der Gewerkschaftsbewegung. Er schilderte zunächst die Bestrebungen, die den Zusammenschluß einzelner Gewerkschaften zu Industrieverbänden bezwecken. Der Grundgedanke, die Vereinigung und damit Stärkung der Organisation, ist zweifellos berechtigt. Die tiefen Schwierigkeiten und Grenzverletzungen, die noch zu regeln sind, lassen allerdings die Hoffnung auf eine baldige, einträgliche Errichtung der Industrieverbände nicht allzu sicher erscheinen.

Neben der Vereinheitlichung der Organisation, die in der Kartellierung der Großindustrie ein Gegenbild hat, bildet den Kernpunkt der Gewerkschaftsbewegung eine starke und zahlungsfähige Kasse. Der Unternehmer ist nur dann zum Verhandeln bereit, wenn er weiß, daß die Gewerkschaft finanziell fest genug ist, um ohne Bescheidenheit auch einen langen Streit freigeht zu überleben. Im Anschluß daran berichtete der Referent über die Statistik des DVE, wie sie sich gerade in der allerjüngsten Zeit wiederum bewährt hat und zog daraus für die Zukunft die notwendigen Schlüsse.

Ausführlich besprach er dann die überaus zahlreichen Bildungsaufgaben der Gewerkschaften und forderte, daß in jeder Sitzung der Gewerkschaften auch zu den politischen Tagesfragen, die wie die Frage der Fälle oder Handsoverträge, die die ureigensten Interessen der Gewerkschaften berühren, Stellung genommen wird. Hier ist für Aufklärungsarbeit noch viel Raum frei. Das Verhältnis zur Arbeiterjugend muß von dem Gedanken getragen sein, daß aus der U.S. tüchtige und energiegelbe Gewerkschaftler hervorgehen. Auch mit den Arbeiterportvereinen muß eine gute Verbindung, aufrechterhalten werden, denn die freien Gewerkschaften können kein Interesse daran haben, daß ihre Mitglieder etwa in bürgerlichen Turnvereinen sich der proletarischen Arbeit entziehen lassen.

Auf dem weiten Gebiet des sozialen und Arbeitsrechts wies Genosse Wierlich an Hand einzelner Beispiele auf den Kampf hin, den die Gewerkschaften in den Krankenkassen und in der Landesversicherungsanstalt um ihren Einfluß führen müssen und wandte sich dann den Arbeiten und Plänen der Gewerkschaftsarbeit an, die Hand in Hand mit den übrigen sozialistischen Einrichtungen das Bild proletarischer Organisationen im Sinne der Arbeiterklasse verwirklicht und so der kapitalistischen Ausbeutung entzieht. Es ist Pflicht der Gewerkschaften, diese Pläne tatkräftig zu unterstützen. Nur so können die Gelder für den Bau von Gewerkschaftshäusern, für Ferien- und Volkshäuser, für sozialistische Wohlfahrtsvereine, für den Ankauf von Grundstücken werden. Der gleiche Grundgedanke gilt für den Ankauf von Grundstücken.

Überwiegend ist die Hilfe der Arbeiter, die vor uns liegen, schlag der Referent: Beherzigt den Weg!

In Anblich an das Referat legte eine lebhaft ausgesprochene, die sich hauptsächlich mit dem Vorschlag des Verbandes beschäftigte, zur Bewältigung besonderer Aufgaben den Beitritt des Ortsausschusses an den Bezirksausschuß auf 5 Pf. vierteljährlich für jedes männliche und auf 3 Pf. für jedes weibliche Gewerkschaftsmitglied zu erhöhen. Schließlich stimmte die Versammlung der Erhöhung zu.

Unter Punkt Beschließes machte Genosse Kuffert eine Protestversammlung gegen die geplante Verlesung der Wochenhelferorganisation bekannt und behandelte einige andere Organisationsfragen. Ferner wurde auf das Bezirksjugendtreffen am 30. August hingewiesen. Die Versammlung wurde um 11 Uhr geschlossen.

## Achtung, Glaser!

### Der Schiedspruch ist angenommen.

Der am 16. Juni vor dem Schlichtungsausschuß gefällte Schiedspruch für die Glaserwerke ist angenommen und wird sofort in Kraft treten. Die Glaserwerke, die am 16. Juni vor dem Schlichtungsausschuß erschienen, haben die Forderung nicht bekommen, sondern müssen bei ihren Forderungen zurückbleiben. Die Organisationsleitung zu beschleunigen.

Die Organisations-



# Wirtschaft.

## Zoll und Inflationsgefahr.

Wiel zu sehr herrscht in den Köpfen der deutschen Industriellen und Landwirten die Vorstellung, daß der Selbst aus dem Warenabfall ihre Lage bestimmt. Es kommt nicht auf die absolute Höhe der erzielten Preise, sondern auf die Kaufkraft der Waren an. Treiben sie durch Bewirtung des Schlagwortes vom allgemeinen Schicksal der nationalen Arbeit gegenseitig die Inlandspreise in die Höhe, so ist die Wirkung keine andere als die einer Inflation. Sie nützt keiner der beiden Parteien und schädigt die Gesamtheit. Denn ein hoher Preisstand im Inlande verbaut den einzigen Weg, auf dem Deutschland die Rohstoffarmut seines verkleinerten Gebietes ausgleichen kann: den Export von Erzeugnissen der Verfeinerungsindustrie. Alle Voraussetzungen, welche die Schutzpolitik von 1880 bis 1890 erfolgreich machten, sind weggefallen. Auf dem Weltmarkt ist die Hochkonjunktur der großen Kolonisationszeit längst vorüber; die deutschen Fertigfabrikanten und Kaufleute müssen in jede Lücke der ausländischen Bedarfsbefriedigung durch Güte und Billigkeit ihrer Waren hineinzuwinkeln versuchen.

Professor Max Sering-Berlin, Leiter des Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen.

## Einzelheiten vom Abkommen der deutschen und französischen Schwerindustrie.

Paris, 29. Juni. (Funkbericht.)

Das jüngst in Luxemburg zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie getroffene privatwirtsch. förmliche Abkommen ist in neuen Verhandlungen durch eine feiner eingeleitete Unterkommission ergänzt und ausgebaut worden. Es soll sich dabei insbesondere um die technische Durchführung der getroffenen Vereinbarungen handeln. Nach der „Tournee Industrielle“ soll zwar die von Deutschland der französischen Industrie mitgeteilte Ziffer für das zugestandene Einfuhrkontingent von 1.750.000 Tonnen zutreffen, dagegen die Beteiligung der Saar und Luxemburg an diesem Kontingent nicht ganz den bisher veröffentlichten Ziffern entsprechen.

Das gleiche Blatt veröffentlicht ein Telegramm aus Saarbrücken, in dem es heißt, daß die Saarindustrie lebhaft Klage über die Verschleppung der deutsch-französischen Verhandlungen über die Regelung der saarländischen Wirtschaftsfragen führt. Die Situation werde von Tag zu Tag im Saargebiet kritischer und noch dadurch verschärft, daß die Geschäftstätigkeit, unter der die gesamte Wirtschaft leidet, bisher jede Erhöhung der Löhne und Gehälter verhindert hat, die dringend einer Anpassung an die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten bedürftig.

## Kraus im Getreidehandel.

Die Getreidefirma Julius Biel, eine der bedeutendsten Firmen am Berliner Produktmarkt, von deren Schweregezeiten vor einiger Zeit schon gesprochen wurde, hat jetzt ihre Zahlungen eingestellt. Die Engagements am Berliner Lieferungsmarkt sind in der Hauptsache durch Kompensationen und Begleichungen erledigt, so daß daraus keine großen Verluste für den hiesigen Markt erwachsen werden. Dagegen sind noch immer sehr große Engagements in ausländischem Getreide in der Schwebe, auf welche die zumeist ausländischen Kontrahenten große Summen zu fordern haben.

## Der Textilmarkt gegen die Zollvorlage.

Der Reichsbund des Textil-Einzelhandels hat zu dem gegenwärtig dem Reichstag vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen in einer umfangreichen Denkschrift, die dem Reichstag und dem Reichstag überreicht worden ist, Stellung genommen. In der Denkschrift steht sich der Reichsbund mit den Grundgedanken des Regierungsentwurfs auseinander und untersucht jede einzelne, sein Interessengebiet berührende Tarifposition auf die ihr zugrundeliegenden wirtschaftlichen, insbesondere die Preis- und Wertverhältnisse hin. Der Reichsbund kommt zu dem Ergebnis, daß der Gesetzentwurf auf eine Verstärkung des schon jetzt als übermäßig zu bezeichnenden Zollschutzes der deutschen Textilindustrie hinausläuft und daß er in vollem Widerspruch zu der von der Regierung immer wieder betonten Notwendigkeit einer Senkung des inländischen Preisniveaus und einer für die Befestigung der deutschen Handelsbilanz unbedingt erforderlichen Steigerung der Ausfuhr steht. Indem der Reichsbund insbesondere auf die beachtliche Erhöhung der Zölle für Wolle und Gewebe, für Wolle, Baumwolle und andere Spinnstoffe hinweist, befürchtet er, daß die Regierungsvorlage, falls sie Gesetz wird, eine empfindliche Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage weiter Kreise des deutschen Volkes, insbesondere des Mittelstandes und der Arbeiterschaft herbeiführt.

## Baumstoffpreise in Deutschland.

Die ungeordneten Verhältnisse auf dem Baumstoffmarkt werden durch die außerordentlichen Preisunterschiede für Baumaterialien gekennzeichnet. So werden neuerdings aus Coburg Preisermäßigungen gegen den Friedensstand von 80 Prozent, aus dem Baglande von 60 bis 70 Prozent, aus Schleswig von 50 Prozent gemeldet, während Brandenburg und Teile von Nordbayer 100 Prozent angeben.

# Aus Schlessien.

## Der Niederschlesische Provinzialausschuß

tritt am 1. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, im Landeshaus Breslau zusammen. Unter den Auslegungen befinden sich: die Uebernahme der Verantwortung für mehrere Staatsüberschreitungen, die Bewilligung von Bauhilfsgebern an den Landkreis Brieg, Landkreis Breslau und den Kreis Mänterberg. Ferner soll die der Provinz zustehende Befugnis, die Ablieferung von vorgeschichtlicher Funde zu verlangen, solange die Provinz keine eigene Sammlung für kulturgeschichtliche Bodenfunde besitzt, bis auf weiteres für den Bereich der Provinz Niederschlesien (auschl. der Oberlausitz) dem Schlesischen Museum für Kunstgewerbe und Altertümer in Breslau, für den Bereich der Oberlausitz (Kreis Görlitz, Rothenburg, Landau, Hagenswerda und Teile der Kreise Bunzlau und Sagan) der Oberlausitzer Gedächtnis- und Kaiser-Friedrich-Museum in Görlitz übertragen werden.

Zur Beschaffung eines Bildes des verstorbenen Reichspräsidenten für das Landeshaus ist eine Kommission geplant. — Der Jugendherberge „Fort Spitzberg“ soll eine einmalige Beihilfe von 10.000 Mark und eine jährliche Beihilfe von 1200 Mark gewährt werden. Der Provinzialverein für Innere Mission soll 35.000 Mark, der Caritasverband Breslau 20.000 Mark und der Verband Schlessien der Vaterländischen Frauenvereine vom Roten Kreuz 15.000 Mark zur Förderung der von diesen Verbänden in Niederschlesien unterhaltenen Anstalten und Einrichtungen zugeworfen erhalten. Ein weiterer Antrag gilt der Erhöhung der Stammeinlage bei der Schlessischen Landgesellschaft.

## Der Debraudant Galla im Landtag.

Die Anfrage unserer schlessischen Genossen über die Unterschlagungen von Geldern der Brieger Mitglieder des Odbundes durch den früheren Brieger Beamten Galla ist jetzt beantwortet worden. Die Antwort bestätigt, daß Galla 13.000 bis 15.000 Mark unterschlagen hat; diese Summen hatten Mitglieder des Odbundes als vom Reich als Entschädigung zu beanspruchen; Galla als Vorsteher der Odbund-Delegationsgruppe in Brieg hatte sie in Empfang genommen und war damit verschwunden. Ueber Charakter und Verleben des deutschschlessischen Helden schweigt sich die vom Staatssekretär Meißner in Vertretung des heurlauten Gen. Seeger erteilte Antwort aus; sie verrät nicht, unter welchen Umständen der Brieger Kaffir Galla weggeführt hat, sondern bescheinigt ihm voll Klärung, daß er früher zuverlässig und erst in letzter Zeit untreu geworden sei. Ja, ja, es gibt immer noch halbe Ehrenerklärungen auch für Debraudanten, wenn sie nur döstlich sind!

## Der Provinzialausschuß der Deutschen Nothilfe

hat aus dem Ausgleichsfonds des Preussischen Landesauschusses der Deutschen Nothilfe 27.000 Mark, aus dem Dispositionsfonds der Reichsgesellschaft 3000 Mark erhalten. Hieron sind die letzten 2000 Mark für die Kinderhilfe im Industriebezirk Waldenburg, 2000 Mark für die allgemeine Not im Industriebezirk Waldenburg bestimmt. Der Arbeitsausschuß des Provinzial-Ausschusses hat von den reichlichen 25.000 Mark zur Verteilung gebracht und 4000 Mark als Reserve zurückgestellt. Die 21.000 Mark werden im wesentlichen an diejenigen Stellen zurückgegeben, die bei dem Verkauf der Wohlfahrtsbrüdermatten während der Opferwoche der Deutschen Nothilfe im Dezember v. J. mitgewirkt haben. Der damals aufgewendete Fleiß findet jetzt seine wohlverdiente Belohnung. Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß in Niederschlesien Wohlfahrtsbrüdermatten in Höhe von 68.000 Mark verkauft worden sind. Mit dieser Summe steht Niederschlesien an der Spitze der Provinzen des nicht besetzten preussischen Gebietes. Diese Mittelung wird den diesen Helfern, die sich zur Hilfe der Deutschen Nothilfe schloßlos zur Verfügung gestellt hatten, eine große Befriedigung bringen.

## Sie sind blind!

Als am letzten Sonntagabend Reichsbannerkameraden aus Habelschwerdt und Altheide von der Gaugründungsfeier nach Hause fuhren, lag in Strahlen in daselbst Abteil der „Verein für Bewegungsspiele Heintzschau“ ein. Sie waren für den Moment überrascht, als sie sahen, was darin ist. Einzelne verbeden schnell mit Leberaltären ihre Abzichten. Doch war unser Kameraden der natürlich nicht fehlende Fleckschädel, den ja besonders die jüngsten „Frontkämpfer“ alle tragen, nicht entgingen. Unsere Kameraden ließen sich durch ein Fleckschädel nicht aus der Ruhe bringen. Aber als der Zug in Heintzschau eintraf und der letzte der „Frontkämpfer“ das Abteil verlassen hatte, waren diese plötzlich tapfer geworden und brüllte der Sportklub: „Heil Mostau!“ um die Wette, welches sie bis zur Abfahrt des Zuges immer wiederholten. Scheinbar ist ihnen der Fleckschädel zu sehr über die Ohren gerutscht, daß sie nicht mehr richtig sehen. Jedenfalls haben die Reifenden des Juges Topfischüdel an dem Verstande der Jünglinge des „Sports“ gewirkt.

## Eine Schlessische Kulturwoche in Reichenberg.

Vom 2. bis 8. August 1925 veranstaltet der Deutsche Bezirksbildungsausschuß der Stadt Reichenberg eine Schlessische Kulturwoche, die den kulturellen Zusammenhang des schlessischen Stammes beiderseits der Grenzen möglichst überzeugend darzutun soll. Von reichsdeutscher Seite beteiligt sich in besonderem Maße die Universität Breslau an dieser Veranstaltung. Neben einer Reihe von Vorträgen werden Führungen und Vespänge, Theateraufführungen und Kunstausstellungen das Programm bilden. Eine Anzahl führender Persönlichkeiten haben ihr Erscheinen bereits zugesagt, u. a. auch Gerhart Hauptmann.

## Sonntags-Sonderzug nach Bollenhain und dem Riesengebirge.

Am Sonntag, den 5. Juli, 19. Juli und 2. August wird je ein Sonntags-Sonderzug von Glogau und Breslau-Freiburg nach Bollenhain und dem Riesengebirge gefahren werden. In Striegau werden beide Züge vereinigt; der vereinigte Zug hat Anschluss in Merzdorf an den Sonntags-Sonderzug 7.34 Uhr von Breslau, Freiburger Bahnhof, Merzdorf an 8.04 Uhr.

Die Verkehrszeiten sind folgende:  
a) Glogau ab 4.52 Uhr nachts, Raabten Stadt ab 5.21 Uhr nachts, Lüben ab 5.42 Uhr nachts, Plegnit ab 6.05 Uhr nachts, Jauer ab 6.34 Uhr, Striegau an 6.50 Uhr, ab 7.03 Uhr, Striegau Stadt ab 7.07 Uhr, Bollenhain an 7.30 Uhr, ab 7.33 Uhr, Merzdorf an 7.57 Uhr.

b) Breslau, Freiburger-Bahnhof, ab 5.54 Uhr nachts, Striegau an 6.53 Uhr, ab 7.03 Uhr und weiter wie vor.

In der Gegenrichtung verkehrt an den gleichen Sonntagen ein Sonntags-Sonderzug von Merzdorf nach Glogau und Breslau, Freiburger Bahnhof, mit Anschluss an Zug 7.81 von Hirschberg, Merzdorf an 9.09 Uhr nachts. Die Verkehrszeiten sind folgende:

a) nach Glogau: Merzdorf ab 9.24 Uhr nachts, Bollenhain an 9.50 Uhr nachts, ab 9.51 Uhr nachts, Striegau Stadt an 10.14 Uhr nachts, Striegau an 10.17 Uhr nachts, ab 10.30 Uhr nachts, Jauer an 10.44 Uhr nachts, Plegnit an 11.07 Uhr nachts, ab 11.12 Uhr nachts, Lüben an 11.35 Uhr nachts, Raabten Süd an 11.49 Uhr nachts, Glogau an 12.15 Uhr nachts.

b) nach Breslau, Freiburger Bahnhof: Striegau an 10.17 Uhr nachts wie vor, ab 10.27 Uhr nachts, Königszelt an 10.39 Uhr nachts, ab 10.40 Uhr nachts, Breslau, Freiburger Bahnhof an 11.28 Uhr nachts.

**Obernitz. Einweihung des Schwimmbades.** Die Bäder dieses Ortes sind während des Krieges eingegangen. Sie führen nur in den vier großen Sanatorien und in den Pensionen und Privatvillen ein privates Dasein. Da unternahm es wagemutige Männer aus der Bürgerchaft, das Bäderleben wieder zu erwecken. Sie gründeten eine gemeinnützige Bädergesellschaft m. b. H. mit dem Ziel, ein Schwimmbad und danach ein Warmwasserbad zu errichten. Der erste Teil ist erreicht, das Schwimmbad ist fertig, die dazu gehörigen Bauten sind vollendet, und am Sonntag, den 28. Juni, fand die feierliche Eröffnung statt. Das Schwimmbad ist zweifelslos das größte ausgebaute Baden Schlessiens. Es ist 125 Meter lang und durchschnittlich 45 Meter breit, hat eine Baderiefe für Kinder und Nichtschwimmer bis 1 Meter, eine Schwimmtiefe von 1 bis 2 Meter und eine Sprungtiefe von 3 Metern. Alle nur möglichen Vorkehrungen sind getroffen worden, um dem Baden durchaus einwandfreies Wasser zuzuführen. Im Winter erhält Obernitz dadurch eine prächtige Eisbahn. Der 10 bis 15 Meter breite Damm und seine Vorfläche bilden durch Aufbringen von feinem Sand einen richtigen Seestrand. Das Bad soll hauptsächlich als Familienbad betriebe werden, nur für Damen, die allein baden wollen, sind besondere Zeiten angelegt.

**Glogau. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang** hat sich Sonnabend vormittag in Gramschütz ereignet. Die dortige Molkerei hatte vor einigen Tagen die Magdeburger Firma Becker beauftragt, dringende Reparaturarbeiten an dem etwa 25 Meter hohen Schornstein der Fabrikanlage ausführen zu lassen. Als Sonnabend früh der Installateur Ringe aus Magdeburg oben an der Deckung des Schornsteins arbeitete, gab plötzlich die zweifelslos nicht vorchriftsmäßig angelegte Sicherung nach und Ringe stürzte in die Tiefe hinab. Mit verschlagenen Gliedern und geschmettertem Schädel blieb er liegen. Der Verunglückte verstarb bald darauf, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Er hinterläßt Frau und zwei unverjorgte Kinder.

**Boberzschdorf. Der Talsperrnenbau in der Sattler-Schlucht** geht allmählich seiner Vollendung entgegen. Die 17 Meter hohe Sperrmauer neben dem Turbinenhaus ist jetzt fertiggestellt; in Kürze werden zwei riesenhafte, je 600 Zentner schwere Schleusen für notwendige Entlastungen des Wasserlaufes daraufgestellt werden. Sie wurden neben mächtigen Eisbrechern auf besonderen Wagen durch Lokomotivbetrieb vom hiesigen Bahnhof mühsam heraufbefördert. Im Turbinenhaus selbst sind die zur Erzeugung elektrischer Kraft dienenden Dynamos und sonstigen Maschinen bereits montiert. Zwei massive, befahrbare, nach Wellen zu an praktischen Fichtenwäldungen sich hinziehende Höhenwege rahmen das weite Staubecken beiderseits romantisch ein.

**Krammshöfel. Am Grabe Carl Hauptmanns.** Im Verlaufe der Johanniswoche wurde am Dienstag an dem jetzt mit einem Gedenkstein köstlich geschmückten Grabe Carl Hauptmanns eine Gedenkfeier abgehalten. Die Gedenkrede hielt Dr. Castele.

**Schnaig. Zwei Kühe überfahren.** Zwei Kühe, die aus der Koppel ausgebrochen waren, wurden kurz vor 12 Uhr nachts von dem von Goldberg kommenden Zuge überfahren und getötet. Der Unfall ist erst am nächsten Morgen bemerkt worden.

**Owels. Einbruch während einer Hochzeitsfeier.** In der Nacht zum 23. Juni wurde gelegentlich einer Hochzeitsfeier im Gasthause des Gastwirts Rabuska in Compstschütz, Kreis Oppeln, eingebrochen. Dem Täter fielen insgesamt 1000 Mark, die in einer Geldtasche aufbewahrt waren, in die Hand.

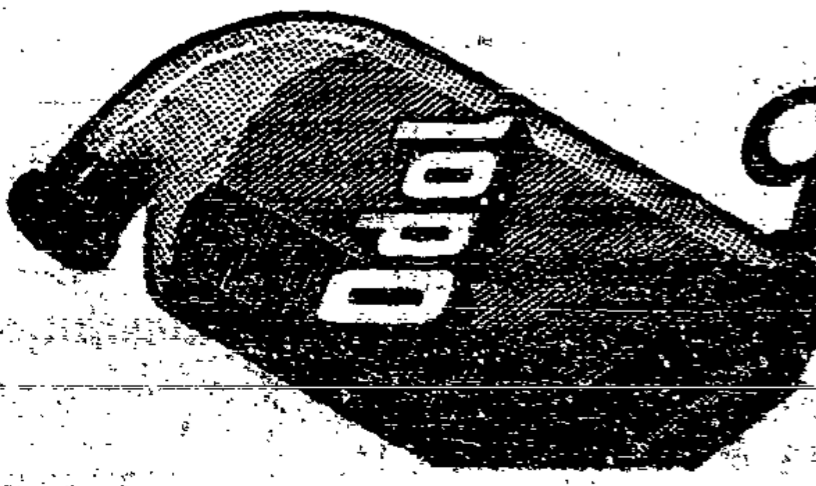
**Oberglögan. Glückwunsch des Reichs an Oberglögan.** Der Reichsminister des Innern hat der Stadt Oberglögan aus Anlaß der 700-Jahrfeier die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen.

**Rattowitz. Immer neue Entlassungen in Osterschlessien.** Auf der Schlessenrube wurde über 600 Arbeiter getötet. Belegschaftsversammlungen fast aller Werke haben zu der Notlage der osterschlessischen Industrie Stellung genommen und planen im Einverständnis mit dem Demobilisationskommissar Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Arbeitslosigkeit und ein einheitliches Vorgehen in der Entlassungsfrage im ganzen Revier.

## Breslau (Land)-Neumarkt.

**Schwiebelsch. Zu einem aufregenden Vorfall** kam es beim Gleisübergang hinter Klein Moßbren. In selbstmörderischer Absicht warf sich ein älterer Mann vor den Breslau-Siektiner Zug. Rechtzeitig wurde die Gefahr erkannt und der Zug zum Stehen gebracht durch die Geistesgegenwart des Lokomotivführers. Was den Mann, der übrigens verheiratet und Vater sein soll, zu dem tragischen Schritt veranlaßte, konnte nicht ermittelt werden.

**Carlswitz. Achtung, ein braver Beamter!** Dienstag, abends 5 Uhr, ereignete sich ein amüsanter Schauspiel. Als eine Republikaner ihre Fehner Schwarzrotgold einjogen bis zum Gedanktag des ermordeten Rathenau, da erbreitete sich ein Monarchist, ein von der Republik bezahlter Beamter namens Gustav Fröhlich, zwei schwarz-weiß-rote Fahnen ans Blumenreit zu heben. Welche Ehe, diese Mörderfahnen herausstrecken zu können. Als wir bei ihm vorstellig wurden und ihn aufforderten, die Mörderfahnen einzulegen, erklärte er uns, er könne den Kindern die Freude nicht verderben; übrigens hätten die Kinder diese Fahnen auf dem Körnermisse gefunden! Bei der weiteren Auseinandersetzung mit ihm erklärte er uns: „Wir Schwarz-weiß-Roten sind ja so wie ja die Reichheit im Betriebe und wehe dem, wer da gegen das alte Regime anfechten will, der liegt gleich auf die Straße!“ Ein braver Beamter!



# Das gründliche Mundwasser



**Stimmhaft.**  
**Kammerstücke.** „Die Waite von Long Island.“ In diesem sauber durchgearbeiteten Gesellschaftsfilmm, dessen moralischer, in Grenzen des Geschmacks gehaltener Stoff zu recht wandlungsfähiger Personendarstellung Gelegenheit gibt, gefällt die hierliche Mac Marshall. Bei dieser durchaus überdurchschnittlichen Künstlerin liegt eine seltene Begabung, besonders für den Ausdruck des Lieblich-Sentimentalen, vor; äußerliche und geistige Erregung der Gestalt hält, selbst in dramatisch schwachen Momenten, die Spannung aufrecht. Norman Kerry gibt den einen der Beiden, wie der Untertitel folgt: „Kameraden der Liebe.“ Auch hier stehen wir einem gründlich durchgeübten Schauspieler gegenüber, der — er bewies es bereits in mehreren Rollen — der amerikanischen Lichtbildbühne alle Ehre macht.

**Briefkasten.**  
 Allen Anfragen muß eine Bezugsquittung beiliegen. Bezugsquittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Volkswacht-Lesern oder Trägerinnen; die Postbezücker haben die Postquittung beizulegen. Sprechstunde der Redaktion wochentags von 12-1 Uhr mittags. **Volkswacht-Leser.** Angabe der Namen des Abonnenten ist unbedingt erforderlich. Wer uns Mitteilungen zu machen hat, muß seinen vollen Namen nennen, damit wir sie verwenden können.

**Kritiken am Verein für Herbeden.** Genaue Adresse ansetzen, oder wenn möglich, selbst auf der Redaktion vorprechen. **Gaufeler des Reichsbanners und Reaktion.** Der Verfasser dieses uns eingehenden Artikels wird gebeten, umgehend auf unserer Redaktion vorzukommen.

**Eingefandt.**  
 Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreis für die wir nur die präziseste Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

**Offener Brief.**  
**An Herrn Viktor Polla!**  
 Da ich mit Entrüstung wahrgenommen habe, daß Sie an unseren Ehrentagen eine Mordfahne aus ihrer Wohnung herauszuhängen wagten, möchte ich Sie als Gefährter fragen, ob Sie etwa auch von Gottes Gnaden sind. Ich habe es endlich satt, als Steuerzahler, mit dazu beizutragen, daß Sie zu Ihrem Gehalt kommen. Sie werden doch auch von der Republik bezahlt, oder beziehen Sie ihr Gehalt von dem Ausreißer in Doorn? Da ich von Ihnen getraut worden bin, interessieren Sie mich doppelt. Mein erster Gang ist der, den Rücktritt anzumelden. Allen Genossen und Kameraden rufe ich zu: Laßt Euch nicht länger von kirchlicher Seite provozieren! Ein Reichsbannermann.

**Arbeiter-Sport**

**S.F.S. I - Mäwe I 4:0.** Bei frühem, regenreichem Wetter fanden sich die beiden Zweiten der A-Klasse zum fälligen Ausscheidungsduell gegenüber. Mit dem Anstoß von Mäwe beginnt das Spiel. S.F.S. findet sich besser zusammen und stößt dem Mäwe gefährliche Peluche ab. Bei einem Gedränge macht der linke Verteidiger Mäwe's Hand, der gegebene Offener wird von Stenhar (S.F.S.) alatt verwanbelt. Während es beim Mäwe Sturm nicht klappen will, wird S.F.S. immer besser und schon in der 26. Minute kann Reiche II die Torzahl auf zwei erhöhen. Es ändert sich jetzt nichts mehr bis Halbzeit. Nach der Pause daselbe Bild. S.F.S. ist ständig im Angriff und kann durch Höhe die Torzahl auf vier erhöhen. — Am Vormittag spielten im Eichenpark zwei Auswahlmannschaften des Spielclubs und der Schiedsrichter-Vereinigung. Der viel vorausgesetzte Sieg der Spielclubmannschaft blieb aus. Die Gegner trennten sich mit dem zählenden Resultat von 5:5.

**Bereinstalender.**  
**Metallarbeiter-Verband.** Karosierleben. Dienstag, den 30. Juni, 7 1/2 Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses: Branchenversammlung.

# Knorr-Suppenwurst

gibt gute Suppen!  
 6 Teller 35 Pfennig

Blumenkohl, Pilz, Tomaten, Spargel, Ochsenchwanz, Grünkern, Krebs

Am 19. Juni verschied unser Mitglied, der **Schmied Hermann Schwarzer** im Alter von 33 Jahren. Ehre seinem Andenken! **Mc Genosseninnen und Genossen des Distrikts 23.** Die Beisetzung der Asche erfolgt am Montag, 5 Uhr, im Urnenhain Gräbchen. Trauerhaus: Schmiedgasse 18. 3214

Ich verreise am 4. Juli auf ca. 3 Wochen. **Dr. med. Hugo Brach,** Arzt und Zahnarzt, Zwingerplatz 2. **Bitte** bei allen Krankheiten stets die **Sujerenten** unserer Zeitung zu berücksichtigen

**Druckerei Volkswacht**  
 Roberte, zweifelhafte und laubere Ausführung aller Druckarbeiten und bei dringender Vorgefert **Breslau 2, Hauptstraße 4/6.**

**Der Preis für Gas** wird bei den Ablesungen vom 1. Juli 1925 ab mit 18 Pf. für 1 cbm berechnet werden. **Wärmeraten für Müllgasanlagen** werden von demselben Tage ab zum gleichen Preise verkauft. **Der Magistrat. — Stadt, Betriebs-Deputation.**

**Muß Dein Kindchen Du entwöhnen.** Kannst Du Ope es verschonen. **Die Sorge der Mutter ist das Gedulde des Kindes beim Übergang auf feste Nahrung. Das Beste in dieser Zeit ist der seit 1873 bewährte Ope-Nährwurst. An sich schon entzückend schmeckendes Nahrungsmittel ist der Ope durch seinen hohen Gehalt an wirksamen Nährsalzen besonders wertvoll für die Ernährung Deines Kindes. In Apotheken, Drogerien und Lebensmittelhandlungen. **OPEL-ZWIEBACK, LEIPZIG-SÜD****

**Direkt aus der Fabrik** ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für **Mk. 230 per Liter** einschließl. Steuer der berühmten **Alten Breslauer** 35% Unsere in ganz Deutschland berühmten **Edel-Liköre** **320 360** per Liter von Rosenfassern. Flaschen mitbringen. **Dampf-Destillierwerk** **Herzberg & Co.** Hörschenstraße 48.

**Geschäfts-Eröffnung!**  
 Dem geschätzten Publikum ergebenst zur Kenntnisnahme, daß wir am **Dienstag, den 30. Juni,** im Grundstück **Königstraße 1** Ecke Schweidnitzer Straße Fernsprecher Ohle Nr. 3641 eine **FILIALE** unserer bekannten **Qualitäts-Fleisch-** **Wurst- und Aufschnitt-Waren** eröffnen. An unserem bisherigem Prinzip, vom Guten nur das Beste zu soliden Preisen zu verabfolgen, werden wir auch fernerhin festhalten und bitten um weitere wohlwollende Unterstützung. **Ergebenst** **Wurst- und Fleischwarenfabrik Hauschild & Nelz** **BRESLAU 8**

**Bettfedern u. Daunnen** **Inletts, Bettwäsche, Damenwäsche, Handtücher** **L. Liebich, Bettfedern- und Wäschespezialgeschäft** **Wiese Taschenstraße Nr. 12, I. Etage (König-Laden)**

**Mein Sommer-Ausverkauf** beginnt **Montag, den 29. Juni** Es kommen zum Verkauf: **Damenmäntel, Kostüme, Kleider** in Seide, Wolle und allen modernen Stoffarten sowie **Kasaks, Röcke, Kinderkleider.** Sämtliche Waren sind **zu derartig niedrigen Preisen herabgesetzt** welche von Niemandem übertroffen werden können. **Preise nennen hat keinen Zweck** meine 4 Schaufenster und 10 Schaukasten sagen alles. **S. Leuchtag** Spezialhaus für Damen- und Mädchen-Garderobe **Schmiedebrücke Nr. 55,** Parterre und 1. Etage, Ecke Kupferschmiedestraße. — Gegründet 1886.

**Magerkeit wirkt unschön** **Schöne volle Körperformen** durch unser **„Hegro-Kraftpulver“** in 6-8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme. Garantiert unschädlich. Aertzlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreiben Preis Karton mit Gebrauchs-Anweisung 3 Mk. **Kronen-Apotheke, Neue Schweidnitzer Str. 3** **Hygiea-Apotheke, Tauentzienstraße 91**

**Sommerproffen** **Bidel, Mitterer** **W. S. Aithaus** **Inferate** erzielen in der **Volkswacht** den größten **Erfolg!** **Kleine Anzeigen** sind kompakt gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privat. Wort 3 Pfg., fett 4 Pfennige. **Tauschböden mit Briefkasten zu verkaufen.** Schillerstraße 24. Gartenh. 11.

**Handlung Volkswacht** **Modernes Antiquariat** **Breslau 2** **Neue Graupenstraße 5** **Klempnerlehrling** für unsere Klempnerabteilung **Formierlehrling** für unsere Tischlerei zum Einstich für sofort ab 1. Okt. g. Lust. **Frey & Co., Neue Gasse 14.**

**Arbeitsmarkt** **Schüler f. Gestalt Seite (mit Lippert, Heinrichstraße 11)** **Kurzwaren-Verkäuferin** jedoch nur solche, die die Sprache bis ins Vertiefte beherrscht, für sofort gesucht. **Kaufhaus** **Hugo Neumann** **Frankfurter Straße 117.**